

ANTIMUSLIMISCHEN

RASSISMUS

ERNST NEHMEN

KRITIK AN

MUSLIMISCHEN

ORGANISATIONEN

ZULASSEN

BAND 2

Vorwort	5
Gian Aldonani Flucht und Asyl: Bedeutung von Mehrfachdiskriminierung und Sicherheitsgefühl) in Deutschland am Beispiel vulnerabler, ethnisch-religiöser Gruppen	7
Friedmann Eißler Spielt Islamismus im interreligiösen Dialog eine Rolle?	12
Ninve Ermagan Ditib, Graue Wölfe und MIT: ein System der Angst	18
Ruben Gerczikow Wir brauchen den jüdisch-muslimischen Dialog – jetzt!	24
David Pape Islamismus – ein Thema für die sozialistische Bildungsarbeit	30
Perspek'tif:a Perspek'tif:a und der türkische (Ultra)Nationalismus	33
Nina Scholz Legalistischen Islamismus verstehen	41
Amed Sherwan Religionsfreiheit und islamistisches Mainstreaming	46
Akin Simsek Muslimische Jugendarbeit muss unabhängiger werden	51
Anonym Erfahrungen aus der Primärprävention	56
Impressum	62

Mit der Veröffentlichung des ersten Bandes dieser Broschüre und allem, was dem vorangegangen ist – also der Beginn unserer öffentlichen Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien der Migrationsgesellschaften auf der einen und dem Kampf gegen jegliche Diskriminierung auf der anderen Seite –, gibt es eine Veränderung in der alevitischen Jugend, aber auch in der öffentlichen Debatte, deren Teil wir geworden sind.

Die junge alevitische Perspektive ist empower, solidarisch, benennt Diskriminierungsformen und setzt sich dagegen ein. Der Kampf gegen antialevitischen Rassismus ist einer geworden, der sich nicht mehr vollständig versteckt, der nicht aus Selbstschutz eingeschränkt und in Anonymität geführt wird. Dazu zählt auch weiterhin der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus, von dem Alevit_innen auch betroffen sind. Muslimische Jugendliche sind unsere Freund_innen, Kolleg_innen und Mitstreiter_innen. Sie sind genauso Teil von Deutschland wie alle, die hier leben, und müssen Zugang zur Gesellschaft und zur Jugendarbeit haben. Es braucht eine selbstbewusste, selbstorganisierte und vielfältige muslimische Jugend, die nicht alleingelassen wird.

Unser Kampf gilt den menschenfeindlichen Ideologien, Strukturen, in denen sich diese verbreiten, und Faschist_innen, die andere Menschen unterdrücken und bedrohen. Dass diese Ideologien, Strukturen und Menschen auch Teil der Einwanderungsgesellschaft sind, muss allen bewusst werden. Antimuslimischer Rassismus wird als Grund von politischen Islamverbänden, muslimischen Jugendorganisationen und anderen Organisationen, die mit diesen zusammenarbeiten, instrumentalisiert, um jegliche Vorwürfe abzuweisen. Das zeigt uns nur noch mehr, dass wir dazu nicht schweigen dürfen.

Mit diesem zweiten Band wollen wir weitergehen in der Debatte. Es soll um Erläuterungen und Formen von Islamismus oder Nationalismus gehen, Strukturen und was sich dahinter verbirgt, und zuletzt noch weitere Stimmen aufzeigen, wie wichtig die gemeinschaftliche Auseinandersetzung ist. Die Autor_innen haben in Teilen unterschiedliche Sichtweisen und Ideen, alle vereint dennoch der Bedarf, den Diskurs voranzubringen.

Helin Tufan und Deniz Kaşal

Bundesvorsitzende

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.

Flucht und Asyl: Bedeutung von Mehrfachdiskriminierung und Sicherheits(gefühl) in Deutschland am Beispiel vulnerabler, ethnisch-religiöser Gruppen

von *Gian Aldonani*

In den letzten Jahren hat sich die Zahl ethnischer und religiöser Volksgruppen wie Ezid_innen, Alevit_innen, Assyrer_innen/Aramäer_innen und Kurd_innen, die bei uns in Deutschland Zuflucht gefunden haben, vervielfacht. Kriegs- und Bürgerkriegszustände, Terror sowie religiöse und ethnische Verfolgung mündeten in Entmenschlichung, Entwurzelung und viele Traumata. Doch in Deutschland angekommen geht oftmals die Odyssee weiter. Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung prägen das Leben dieser Communitys hierzulande. Dementsprechend ist das eingeschränkte Sicherheitsgefühl der Betroffenen, weil sie in vielen Lebenslagen eingeschnitten und benachteiligt sind. Es überrascht nicht, dass sich Mitglieder dieser Gruppen mit den Themen der Mehrfachdiskriminierung intensiv auseinandersetzen. Denn sowohl ihr Privatleben sowie Berufsleben und vor allem ihr ehrenamtliches Engagement sind davon in besonderer Weise gekennzeichnet. Nicht selten wird irrtümlicherweise davon berichtet, dass die intersektionale Diskriminierung von diesen Gruppen salonfähiger geworden ist und einen Zuwachs erlebt. Betrachtet man diese Thematik jedoch genauer und tiefgründiger, kommt man zu der bitteren Erkenntnis, dass sich an dem Zustand kaum etwas geändert hat, außer dass er durch eine globalisierte und medial vernetzte Welt lediglich sichtbar geworden ist. Schon immer waren diese ethnisch-religiösen Gruppen einer enormen Verfolgung, Vertreibung und Mehrfachdiskriminierung durch ihre ihnen feind-

lich gesinnte Umwelt ausgesetzt. An diesem Zustand hat sich mit der Flucht in das vermeintlich sichere Deutschland kaum etwas gebessert. Nein! Die Mehrfachdiskriminierung wurde für die Betroffenen – um es vorsichtig auszudrücken – nur „facettenreicher“. Während man am Beispiel der oben genannten marginalisierten Gruppen wie Ezid_innen, Assyrer_innen und Alevit_innen in den traditionellen Siedlungsgebieten z.B. von einer mehrheitlichen Diskriminierung durch die muslimische Gesellschaft gesprochen hat, spricht man hier bei uns in Deutschland sowohl von Diskriminierung innerhalb der Migrationsgesellschaft als auch antimuslimischem Rassismus, da diese Gruppen oft als „muslimisch gelesene Menschen“ definiert werden. Doch lösen nicht selten Begrifflichkeiten und Zuschreibungen wie „muslimisch gelesene Menschen“ bei diesen marginalisierten Gruppen zusätzlich eine noch intensivere Form der Diskriminierung aus, weil sie in Kategorien gesteckt werden, die für sie häufig mit traumatischen Erfahrungen verbunden sind.

Ein Beispiel, das diese Situation besonders verdeutlicht, ist die Arbeit in Jugendverbandsstrukturen und die fehlende strukturelle Förderung für Communitys, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind. So werden fehlende Förderungen für Ezid_innen und andere Gruppen nicht selten damit begründet, dass ihre Förderung über den Förderungsbereich „antimuslimischer Rassismus“ gedeckt sei oder Ezid_innen aufgrund der diskriminierenden Erfahrungen als „muslimisch gelesene Personen“ ihren Anspruch auf diese Fördermöglichkeiten geltend machen können. Die bittere Realität zeigt jedoch, dass Ezid_innen oder andere ethnisch-religiöse Gruppen stärker von Diskriminierung durch die muslimische Gesellschaft als vom antimuslimischen Rassismus betroffen sind. Daher fällt dieser Förderungsbereich sehr schnell weg, weil zum einen eine negativ behaftete Fremdzuschreibung stattfindet und zum anderen es diese Gruppen schon in den Bewerbungsprozessen außerordentlich schwer haben, berücksichtigt zu werden. Denn ihnen und ihren Initiativen stehen nicht selten große, gut vernetzte und etablierte muslimische Vereine und Verbände gegenüber. Daher bleibt es dabei, dass viel Integrations- und Bildungsarbeit auf der Strecke bleibt oder schlichtweg über ehrenamtliche Arbeit gestemmt werden muss, die selten bis gar nicht gefördert wird. An dieser Stelle ist anzumerken, dass es keine Hierarchisierung von

Formen der Diskriminierung geben darf, denn jede Form von Diskriminierung ist eine zu viel. Jedoch ist eine breitere Debatte in der Auseinandersetzung mit intersektionaler Diskriminierung in einer multiethnischen und diversen Gesellschaft auf allen Ebenen der Gesellschaft und Politik von hoher Relevanz. Nur durch Entschleierung dieser Zustände können sich betroffene Gruppen darin gestärkt fühlen, diese sensiblen Themen in die Öffentlichkeit zu tragen und sichtbar zu machen.

Betroffenenperspektive aus ezidischer Sicht: Welche Auswirkungen hat dies, was bedeutet es für das Sicherheitsgefühl?

Lange haben Ezid_innen – ob jung oder alt – bewusst ihre Identität geleugnet, weil sie sich vor Verfolgung und Diskriminierung schützen wollten. Die erste Regel außerhalb der eigenen Community lautete: „Nicht auffallen, sondern anpassen“. Mit dem Genozid an ihnen im Jahre 2014 im Norden des Irak rückten sie jedoch ins Blickfeld der Öffentlichkeit und der medialen Welt. Dadurch wurden bestimmte Schutzmechanismen wie die Geheimhaltung der eigenen Identität zersprengt. Diese Zersprengung reproduzierte sowohl „positive“¹ wie negative Synergieeffekte auf die Selbstbestimmtheit der Ezid_innen. Einerseits sahen sie sich darin bestärkt, sich offener zu ihrer Identität (kulturell, sprachlich, traditionell etc.) zu bekennen und sich selbst nicht mehr zu leugnen, andererseits bedeutete diese offene Bekennung auch eine Zunahme von rassistischen Erfahrungen, die das Sicherheitsgefühl u.a. auch in Deutschland empfindlich stören kann. Besonders Genozid-Überlebende, die nach dem Genozid zu uns nach Deutschland flüchteten, haben es schwer, sich sicher zu fühlen. Viele von ihnen haben in Unterkünften für Geflüchtete Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren. Erst als einer dieser Fälle in den Unterkünften publik wurde, hat man durch Recherchen erkannt, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelte, sondern System hatte. Einige dieser Fälle dokumentierte ich im direkten Austausch mit Betroffenen. Sie reichten von rassistischen Dolmetscher_innen und Sozialhelfer_innen, die für Ezid_innen bewusst falsch übersetzten, bis hin zu Geflüchteten aus der eigenen Unterkunft, die besonders während des Fastenmonats Ramadan ezidische Mitbewohner_innen

1 Grundsätzlich vermeide ich es, im Kontext von Genozid und der damit verbundenen Mechanismen von positiven Effekten zu sprechen. Die Verwendung dient lediglich dem Verständnis.

diskriminierten oder ihnen gar den Zugang zur Küche verwehrten, weil diese nicht fasteten. In allen Fällen, die ich dokumentierte, handelte es sich um muslimischen Rassismus gegenüber Ezid_innen.² Auch in der Online-Welt der sozialen Medien wie Instagram, Facebook und Co. sehen sich Ezid_innen ständig mit Hatespeech und antiezidischem Rassismus konfrontiert. Dieser Dauerzustand verstärkt das kollektiv geerbte Trauma der ezidischen Gemeinschaft und vernichtet zunehmend auch das Sicherheitsgefühl hierzulande. Nicht selten fallen Ezid_innen daher in eine Situation der Ohnmacht, weil die diskriminierenden Erfahrungen in dieser für sie hochsensiblen Zeit vor allem an ihren seelischen und psychischen Kräften zerren. Insbesondere älteren Ezid_innen fällt der neue Lebensabschnitt in der Diaspora sehr schwer, da sie ihren Lebensmittelpunkt immer noch in der Heimat verorten und sich in einem ständigen Zustand der Entwurzlung sehen, weshalb sie hier kein Gefühl von Sicherheit entwickeln können.

In Diskussionen mit Ezid_innen fiel oft der Satz: „Wir fühlen uns hier sicherer als in der Heimat, doch wir bleiben immer Fremde.“ Vergleicht man ihre Sicherheitslage in Deutschland mit der in der Heimat, so mag das noch immer zutreffen, jedoch bröckelt auch hier das Sicherheitsgefühl – vor allem im Anbetracht der aktuellen Situation der Eziden und Folgen des Genozids.

Wie ist mit dieser Situation umzugehen?

Zunächst muss ein Bewusstsein für dieses sensible Thema geschaffen werden. Die eigene Community, zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Entscheidungsträger_innen müssen über diese Zustände instruiert und sensibilisiert werden. Denn häufig sind es fehlende Erkenntnisse und ein mangelnder Austausch, die diesen Teilbereich der intersektionalen Diskriminierung verschleiern lassen. Betroffenen Gruppen muss mehr Raum und Gehör eingeräumt werden, damit sie und ihre Erfahrungen nicht weiter unberücksichtigt bleiben. Wenn wir uns Vielfalt auf die Fahne schreiben, muss diese auch in der Umsetzung erkennbar sein. Denn wir sprechen nicht von kleinen Gruppen, die seit Kurzem bei uns Zuflucht gefunden haben, sondern schon vor mehreren Generationen nach Deutschland migrierten und zunehmend Zuflucht in Deutschland

² Verrat im Flüchtlingsheim: Wenn Übersetzer falsch übersetzen, ARD, Report München, 3. Mai 2016.

suchen. Sie stellen nicht nur eine Zahl in einer Statistik dar, sondern sind zu Mitbürger_innen dieses Landes geworden und haben einen Anspruch darauf, als solche wahrgenommen und behandelt zu werden. Es muss ein aufgeklärtes und reflektiertes Umdenken in der Umsetzung politischer und zivilgesellschaftlicher Ziele für Menschen mit Migrationsgeschichte, die in besonderer Weise von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, stattfinden.

Die Hürden für Betroffene wie Ezid_innen sind jedoch erst dann erledigt, wenn ihre Diskriminierungserfahrungen unter anderem und vor allem durch muslimischen Rassismus anerkannt sind. Diesem Aspekt wurde allerdings bis dato wenig Beachtung geschenkt, weshalb dieser Teilbereich der intersektionalen Diskriminierung noch wenig debattiert und behandelt wird. Damit aber diese marginalisierten Gruppen sich in Deutschland sicher fühlen können, müssen wir uns ein umfangreiches Bild ihrer Diskriminierungserfahrungen verschaffen. Hierzu gehört es, dass wir nicht nur die Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft erkennen und benennen, sondern uns auch mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, dass es auch innerhalb der Migrationsgesellschaft Hierarchien und somit bestimmte Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung gibt.



Zur Autorin: Gian Aldonani (30) ist im Irak geboren und flüchtete im Sommer 2001 im Alter von zehn Jahren nach Deutschland, wo sie in Köln ihre neue Heimat fand. Gian studiert Wirtschaftswissenschaften und Politik an der Universität Köln und ist seit ihrer Ankunft in Deutschland ehrenamtlich aktiv. Sie engagiert sich in diversen Jugendorganisationen und gründete im August 2014 das Hawar Hilfswerk, das traumatisierte Kinder und Jugendliche im Irak unterstützt.

Spielt Islamismus im interreligiösen Dialog eine Rolle?

von Dr. Friedmann Eißler

Während dieser Beitrag entsteht, wird über einschneidende Auswirkungen der multiplen Krisen diskutiert, denen wir derzeit ausgesetzt sind. Die sonst so medienpräzente Debatte um Islam und Muslime, Integration, Partizipation, aber auch Islamismus und Radikalisierungsprozesse ist in den Hintergrund getreten. Allein das Thema Antisemitismus kommt kaum aus den Schlagzeilen, jüngst wegen antisemitischer Darstellungen im Rahmen der Documenta und sich unsäglich ahnungslos gebenden Akteuren.¹

Die Notwendigkeit, sich mit islamistischem Gedankengut und konkreten islamistischen Tendenzen in Europa und auch in Deutschland zu befassen, ist indessen weiterhin gegeben. „Der legalistische Islamismus ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Sein Einfallstor ist die Bildung – sein Ziel die Errichtung eines islamischen Gottesstaats mit friedlichen Mitteln“, so wird ein Beitrag von Heiko Heinisch und Nina Scholz vor einiger Zeit in der FAZ angeteasert.² Die österreichische Regierung (aus ÖVP und Grünen) hat 2020 die Dokumentationsstelle Politischer Islam eingerichtet, die inzwischen eine ganze Reihe beachtlicher Publikationen zum religiös motivierten politischen Extremismus in diesem Bereich hervorgebracht hat.³ Im Bundesinnenministerium wurde unter

1 Einen Einblick gibt Hubertus Knabe, Antisemitische Propaganda unter dem Deckmantel der Kunst, Cicero 21.6.2022 (www.cicero.de/kultur/debatte-um-documenta-15-antisemitismus-propaganda-kassel). Die in diesem Artikel angegebenen Internetseiten wurden zuletzt am 9.7.2022 auf Aktualität überprüft.

2 Die europäische Mission des politischen Islam, FAZ 13.9.2019 (www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/muslimbruderschaft-die-europaeische-mission-des-politischen-islam-16379528.html).

3 www.dokumentationsstelle.at/publikationen

Horst Seehofer kurz vor Ende der Wahlperiode ein multidisziplinärer „Expertenkreis Politischer Islamismus“ eingesetzt, der das Ministerium für die Dauer eines Jahres, wie es heißt, berät (2021–2022). Elf Expertinnen und Experten analysieren aktuelle und sich wandelnde Erscheinungen des politischen Islamismus aus wissenschaftlicher Perspektive und sollen Handlungsempfehlungen entwickeln.⁴ Solche Maßnahmen sind jeweils auch harscher Kritik ausgesetzt, denn es ist umstritten, wo faktenbasierte Informationen und Sachargumente kommuniziert werden und wo populistischer Aktionismus beginnt, der die Angehörigen einer einzelnen Religion diskriminiert.

Politischer Islam bzw. legalistischer Islamismus als Quelle von Radikalisierung

In Deutschland hat sich die Wahrnehmung des islamischen Extremismus von der Verengung auf die Frage der Gewaltbereitschaft (Dschihadismus, Terrorismus) gelöst und richtet sich stärker auf die Übergänge und auf die Quellen, aus denen sich Radikalisierung und Gewaltbereitschaft mit islamischer Begründung speisen. Zu Recht, denn die Gefahren aus diesem Spektrum bedrohen uns alle. Wenn hier von legalistischem Islamismus die Rede ist – die Bezeichnung „politischer Islam“ ist verbreitet, jedoch noch problematischer⁵ –, sind diejenigen islamisch begründeten Haltungen und Handlungen im Blick, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf *politischem, legalem Wege* im Sinne des Ideals einer islamischen Gesellschaftsordnung zu beeinflussen, zu verändern oder zu beseitigen geeignet sind. Diese Bestrebungen sind grundsätzlich problematisch, unabhängig davon, ob sie bei der Verfolgung ihrer Ziele Gewalt als Mittel ablehnen oder nicht. Dabei muss immer in aller Klarheit hinzugefügt werden, dass nicht „der Islam“ den gesellschaftlichen Frieden bedroht, sondern bestimmte *politische Deutungen* des Islam und die aus ihnen abgeleiteten Handlungen.⁶

4 www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/islamismus-und-sala-fismus/politischer-islamismus/epi-artikel.html; wie es mit dem Kreis weitergeht, scheint derzeit noch nicht geklärt.

5 Es gibt keine einheitliche Nomenklatur, jede Begrifflichkeit hat ihre Schwächen. Da selbstverständlich nicht nur der Islam, sondern alle Religionen bzw. die Angehörigen der Religionen auf die eine oder andere Weise politisch sind, ist „politischer Islam“ besonders erklärungsbedürftig.

6 Vgl. Friedmann Eißler, Was ist „politischer Islam“?, in: Materialdienst der EZW 4/2020, 251–264.

Islamismus und Dialog

Im interreligiösen Dialog distanziert man sich selbstverständlich und nachdrücklich von fundamentalistischen wie extremistischen Bestrebungen. Friedenspotenziale und Gemeinsamkeiten der Religionen stehen im Vordergrund der Bemühungen um ein gesellschaftliches Miteinander. Der Dialog – der in einem weiteren Sinne verstanden viele Möglichkeiten des Kontaktes und der Begegnung einschließt – will eine Kultur der Toleranz und Gewaltlosigkeit in Worten wie in Taten fördern.⁷ Teilweise wird das Thema Islamismus aktiv thematisiert, etwa in Fachkonferenzen und Akademietagungen,⁸ teilweise ragt es gleichsam dort in die Dialogbeziehungen mehr oder weniger spürbar hinein, wo im direkten Umfeld von meist verbandlich organisierten Dialogpartnern islamistische Tendenzen vermutet oder tatsächlich beobachtet werden.

Dies ist etwa im Zusammenhang der zunehmenden Instrumentalisierung des Islam durch den türkischen Präsidenten Erdoğan und die AKP und der politischen Verwerfungen in der Türkei der Fall, die die Verfolgung der Bewegung des türkischen Predigers Fethullah Gülen (Hizmet) nach sich ziehen oder sich in der neuerlichen Offensive gegen Kurden in Nordsyrien zeigen. Es tangiert Menschen im Dialog auch hierzulande. Konflikte in der Türkei haben Auswirkungen auf unseren Straßen und in unsere Dialogprozesse hinein.

Ditib ist nicht nur der größte islamische Verband und über das türkische Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) eng an die türkische Politik angebunden, sondern rückt seit Jahren auch näher mit der Muslimbruderschaft bzw. muslimbruderschaftsnahen Akteuren zusammen. So auch mit der Milli-Görüş-Bewegung, die als türkische Variante der Muslimbruderschaft bezeichnet werden kann. Was da passiert, konnte man Anfang Januar 2019 erfahren, als sich wichtige Akteure des politischen Islam in Köln versammelten und ihre gemeinsame Linie darlegten.⁹ Die Abschlusserklärung der von Ditib und Diyanet organisierten Konferenz zur „Zukunft der

7 S. beispielsweise V. Meißner u.a. (Hg.), Handbuch christlich-islamischer Dialog. Grundlagen – Themen – Praxis – Akteure, Freiburg i. Br. u.a. 2014; Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive. Ein Grundlagentext des Rates der EKD, Gütersloh 2015.

8 Das hat stark abgenommen, um Stigmatisierungen vorzubeugen, s. aber z.B. die Tagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart „Islamismus in Deutschland – Quo vadis?“ am 14. und 15. März 2022.

9 Vgl. Friedmann Eißler, Erklärung europäischer Muslime in Köln, in: Materialdienst der EZW 2/2019, 65–66.

Muslime in Europa“ mit mehr als hundert Teilnehmern aus 17 Ländern (auch aus dem ZMD-Umfeld) lehnt das Konzept eines „Islam in, aus und für Deutschland“ als eine „Einschränkung des Islams“ explizit ab und fordert dazu auf, „gemäß kollektivem Bewusstsein zu handeln“, die Fragen und Probleme der in Europa lebenden Muslime im Rahmen der islamischen Tradition zu lösen und „hierfür ihre eigenen Dynamiken“ einzusetzen. Wie häufig in Äußerungen islamistischer Organisationen wird ein Antagonismus zwischen „dem Westen“ und „dem Islam“ beschworen. Integrationsperspektiven wird unter diesen Vorzeichen eine klare Absage erteilt.

Annäherung der Religionen als Kompromittierung des Islam?

Die türkische Religionsbehörde Diyanet verurteilte in einem umfangreichen Gutachten von 2016 die Gülen-Bewegung (Hizmet) nicht nur auf der staatlichen Linie als FETÖ „Fethullah Terrororganisation“ und PDY (Paralel Devlet Yapılanması, „Parallelstaatstruktur“), sondern bringt die Vorwürfe mehrfach mit dem interreligiösen Dialog in Verbindung: Die Gülen-Bewegung habe „die trügerischen Schritte des interreligiösen Dialogs und des weichen Islam eingeleitet“, suche die Nähe zu Nichtmuslimen (ein „extrem perverser Begriff von Dialog“), ächte jedoch Muslime, die nicht zur Bewegung gehörten. Dies sei unislamisch, da der Koran umgekehrt fordere, „den Ungläubigen gegenüber hart, zueinander aber barmherzig“ zu sein (Sure 48,29). Eine Annäherung an „die christliche Kultur“ und das Streben nach Anerkennung im Westen wird als inakzeptable Kompromittierung des Islam gebrandmarkt.¹⁰

Andererseits war ein einmaliger Vorgang innerhalb der islamischen Verbände zu beobachten, der wie eine Reaktion auf zunehmenden Druck von außen aussah: Die Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG, früher IGD) musste ihre Mitgliedschaft im Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) seit Ende 2019 auf Beschluss dieses Verbandes zunächst ruhen lassen. Im Januar 2022 gab der ZMD den Ausschluss der DMG bekannt. Zugleich verbleiben einige Verbände als Mitglied im Zentralrat, die behördlich beobachtet werden und/oder extremistische Bezüge haben, wie das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) oder der größte ZMD-Mitgliedsverband ATİB.¹¹

¹⁰ Vgl. Gutachten über die Gülen-Bewegung, Dokumentation 1+2, CIBEDO-Beiträge 1/2017, 20–30, und 4/2017, 183–188.

¹¹ Vgl. Näheres in der Studie Friedmann Eißler, Islamische Verbände in Deutschland. Akteure, Hintergründe, Zusammenhänge, EZW-Texte 260, Berlin 2019.

Was braucht der Dialog?

Die knappen Hinweise müssen in diesem Rahmen genügen, um exemplarisch Verflechtungen anzusprechen, die – neben vielen anderen Aspekten – zum Kontext interreligiöser Dialoge gehören. Wenn man dies nicht einfach ignorieren will („Störe meine Kreise nicht“), stellt sich die Frage nach dem Umgang mit dem politischen Islam bzw. dem legalistischen Islamismus auch in diesen Zusammenhängen. Grundsätzlich will der Dialog aufbauen, ermutigen, verbinden. Da kann es unbequem erscheinen, islamistische Tendenzen und dadurch verursachte Probleme anzusprechen. Zumal „Islamismus“ als Begriff unter Beschuss gerät, wo man ihn als Angriff auf „den Islam“ oder „die Muslime“ versteht und fehlende Selbstkritik im Blick auf die Schuldverstrickungen der eigenen Religion moniert. Kritik „stört“ den Dialog, wenn man diesen in erster Linie als konfliktfreie Kommunikation über Gemeinsamkeiten versteht. Kommen identitätspolitisch einseitige Schuldzuweisungen und das Denken in ethnischen Kollektiven hinzu, wird eine kritische Auseinandersetzung zusätzlich erschwert.¹² Versteht man als bedeutenden Teil des Dialogs hingegen das Wahr- und Ernstnehmen des Gegenübers einschließlich seines Selbstverständnisses sowie seiner strukturellen Verbindungen und Kommunikationszusammenhänge, gehört der transparente Umgang damit nicht nur zur Seriosität im Dialog, sondern zum Respekt für das Gegenüber. Das Abgleiten in *einseitige* Kritik (ohne Selbstkritik), ressentimentgeleitete Wahrnehmung, Abwertungen, pauschale Urteile etc. ist immer möglich. Die kritische Selbstwahrnehmung gehört daher gleichermaßen zum Dialog, der immer (auch) eine Gratwanderung zwischen „Wertschätzung und Kritik“ sein wird.¹³

Glaubwürdige Dialoge sind ohne (Selbst-)Kritik nicht möglich

Es ist eine Aufgabe des Dialogs, *jeder* Form von Hass, Rassismus und fundamentalistischem Absolutheitsanspruch entgegenzutreten. Das betrifft islamfeindliche Pauschalurteile und antiislamische Hetze ebenso wie islamistische Propaganda. Die salafitischen und weiteren islamistischen Einflüsse an den Rändern, aber auch bis in die Mitte

¹² Siehe die Debatte um die neu gewählte Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman. Für Impulse einer liberalen Ideologiekritik siehe den interessantesten Diskussionsband: Sandra Kostner (Hg.), *Identitätslinke Läuterungsagenda. Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften*, Impulse. Debatten zu Politik, Gesellschaft, Kultur Bd. 1, Stuttgart 2019.

¹³ Friedmann Eißler, *Wertschätzung und Kritik. Zur Aufgabe des christlich-islamischen Dialogs*, in: *Materialdienst der EZW* 10/2018, 365–377.

von Moscheegemeinden hinein, sind ernst zu nehmen und müssen gemeinsam erkannt und benannt werden. Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und Islamfeinden ist es nicht, wenn kritische Debatten geführt werden, sondern wenn sie *nicht* geführt werden. Es geht an dieser Stelle nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit des Dialogs.

Politische Religion im Sinne der Partizipation religiös engagierter Menschen ist nicht nur kein Problem, sondern wünschenswert. Das gesellschaftliche Engagement mit religiöser Begründung ist in Deutschland Teil der demokratischen Kultur und geradezu notwendig. Ein politischer Islam ist daher keineswegs per se ein Problem. Übrigens wird weniger als ein halbes Prozent der Muslime von den Behörden als extremistisch eingestuft.

Die Sorge bezieht sich ausdrücklich nicht auf politisches Engagement in der demokratischen Gesellschaft, sondern auf die Aushöhlung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die möglichen Übergänge zur Gewalt auf der Grundlage eines zeitlos normativ verstandenen islamischen Systems, das als „die islamische Lebensweise“ über politische Akteure in der hiesigen Gesellschaft durchgesetzt werden soll. In dieser Hinsicht hat respektvoller Umgang durchaus eine kritische Dimension, die sich im freiheitlich und menschenrechtlich orientierten Kontext in erster Linie auf die Erhaltung der Bedingungen seiner selbst für alle Beteiligten beziehen wird.

Es kann am Ende auch eine Chance darin liegen, dass die „Islamthemen“ derzeit nicht zuoberst auf der Tagesordnung stehen. Etwas weniger öffentlicher Druck und mehr Spielräume für zwischenmenschliches Reden und Hören fernab der alltäglichen Aufregungsmaschinerie tut allen Beteiligten gut und macht vielleicht hier und da einen vertieften gemeinsamen Blick auf die grundsätzlichen Weichenstellungen im Dialog möglich.



Dr. Friedmann Eißler, Pfarrer, studierte evangelische-Theologie und Islamwissenschaft. Von 2008 bis 2020 war er wissenschaftlicher Referent der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Berlin. Seit 2021 ist Eißler Islambeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Ditib, Graue Wölfe und MIT: ein System der Angst

von Ninve Ermagan

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren die Bedrohungslage für christliche Minoritäten aus der Türkei sowie Kurd*innen, Alevit*innen und Jüdinnen*Juden verschärft. Die Gefahr geht auch von einigen türkischen Institutionen aus, die im Auftrag der türkischen Regierung hierzulande Menschen ausspionieren und weltweit auf Dissident*innenjagd gehen. Präsident Erdoğan hat seit dem gescheiterten Putsch in der Türkei seine Maßnahmen verschärft und die Suche nach Gegnern der AKP-Regierung ausgeweitet, auch in Deutschland. Hierzulande wird die Gefahr verharmlost, da im öffentlichen Diskurs die Vorstellung existiert, dass es sich ausschließlich um einen Konflikt zwischen türkischen Nationalist*innen und PKK-Anhänger*innen handle. „Sollen sie sich ruhig die Köpfe einschlagen, nur bitte nicht hier“ – diese gleichgültige Haltung hat sich politisch und sozial manifestiert. Doch es sollte durchaus zu denken geben, dass es in Deutschland 800 offizielle und 6.000 und 8.000 inoffizielle Mitarbeiter*innen des türkischen Geheimdienstes Millî İstihbarat Teşkilâtı (MIT) gibt, die auf deutschem Boden Kritiker*innen der türkischen Regierung, Armenier*innen, Assyrer*innen, Kurd*innen, Alevit*innen und türkische Linke bespitzeln. „Kein fremder Geheimdienst kann auf deutschem Boden auf so viele Leute zurückgreifen, so wie umgekehrt der MIT nirgendwo außerhalb der Türkei über so viel Personal verfügt“, schreibt Deniz Yücel in der WELT! Die Methoden und Einschüchterungsversuche werden perfider, gefährlicher, und sie demonstrieren den Betroffenen: Wir können ganz nah kommen, wenn wir wollen.

1 Yücel, Deniz: Erdoğan's Regime der Angst hat längst auf Deutschland übergegriffen, in WELT: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article232586017/Tuerkische-Agenten-Ein-Regime-der-Angst-in-Deutschland.html>, 18.07.2021.

Ein System der Denunziation

Um unangenehmen Stimmen aufzulauern, muss man nicht im Dienste Erdoğan's stehen. Manche Deutschtürk*innen sehen es als ihre Pflicht, Kritiker*innen anzuschwärzen und diese bequem per App, direkt bei der Zentralbehörde der türkischen Polizei, anzugeben.² Das Problem, das zu diesem Handeln veranlasst, ist der Einfluss nationalistischer, islamistischer und kriegsverherrlichender Verbände, dazu zählt die Ditib, Deutschlands größter Moscheeverband. Statt Glaubensinhalte zu vermitteln, wurde die Moschee zum Dreh- und Angelpunkt für Erdoğan's Kriegspropaganda im Kampf gegen die Kurd*innen. Es scheint offenkundig, dass es sich bei der Ditib um keinen autonomen Verband handelt. Vielmehr stehen die Akteur*innen im direkten Auftrag von Ankara. In der Vergangenheit haben Ditib-Imame Listen der Anhängerschaft des Predigers Fethullah Gülen erstellt und an das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten weitergegeben. Ein türkischer Flüchtling berichtet im ZDF, von Gemeindemitgliedern verprügelt und daraufhin als Gülen-Anhänger der türkischen Botschaft in Berlin gemeldet worden zu sein.³

Stimmungsmache gegen Armenier*innen

Neben türkischen Dissident*innen und Kurd*innen wird in Ditib-Räumen auch gerne gegen Armenier*innen Stimmung gemacht. So wurde die Armenien-Resolution im Jahre 2016 kritisiert und gegen türkeistämmige Abgeordnete gehetzt, die für die Resolution des Bundestages stimmten. Die damalige Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz wurde sogar von einem geplanten Ditib-Treffen ausgeladen.⁴ Anstatt sich um Versöhnung und Aufklärung zu bemühen, entschieden sich Ditib-Vertreter*innen für einen Weg, der die Seite der Opfer verhöhnt: die Leugnung von über drei Millionen Christ*innen im Osmanischen Reich. Wer behauptet, dass rechte türkische Institutionen und Nationalist*innen mit ihrer Leugnungspolitik keinen Erfolg hätten, der irrt gewaltig. Denn obwohl die Resolution des Bundestags vorsah, den Völkermord an den Armenier*innen

2 In FAZ: Türkische Polizei forscht aus: So werden Erdoğan-Kritiker in Deutschland per App denunziert, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/Erdoğan-kritiker-in-deutschland-offenbar-per-app-in-tuerkei-angezeigt-15805950.html>, 25.09.2018.

3 Müller, Simone und Santina, Susana: Im Dienste Erdoğan's – Türkische Spitzel in Deutschland, in: ZDFzoom, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-im-dienste-erdoğans-100.html>, 08.04.2022.

4 In ZEIT: Armenien-Resolution: Ditib lädt Özoğuz vom Fastenbrechen aus, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/armenien-resolution-aydan-oezoguz-ditib-fastenbrechen>, 16.06.2016.

künftig in den Schulen zu integrieren, ist dieser in keinem Lehrplan eines Bundeslands als verpflichtendes Thema enthalten. Einige engagierte Lehrer*innen, die versuchen, das Thema im Unterricht aufzugreifen, stoßen immer wieder auf massiven Widerstand und Einschüchterungsversuche türkischstämmiger Eltern. Nahrin D. (*Name geändert*) berichtet, dass sie eine Assyrisch-AG gründen wollte, um etwas über die Geschichte des Alten Orients zu vermitteln. Als sie ihren Schüler*innen das Konzept vorstellte und erwähnte, dass auch der Völkermord an den Christ*innen im Osmanischen Reich behandelt werden würde, warf ein türkischstämmiger Vater der Schule Rassismus vor und drohte mit einer Anzeige.⁵ Auch im Elternbeirat fanden sich türkischstämmige Genozidleugner*innen, die die Rassismuskritik gegen die Lehrerin bestärkten.

Im Jahre 1939, eine Woche vor dem Nazi-Überfall auf Polen, fragte Hitler: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“⁶ Der Massenmörder nahm sich die Vorgehensweise der Jungtürken zum Vorbild, um seinen Vernichtungsfeldzug gegen die Jüdinnen*-Juden einzuleiten. Kriegsverbrechen, Völkermord, Vergewaltigung – all dies geschah ungehindert vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Die Frage, ob Hitler es vielleicht nicht gewagt hätte, die industrielle und systematische Ermordung der europäischen Jüdinnen*-Juden auf den Weg zu bringen, wenn es den Jungtürk*innen nicht so erfolgreich gelungen wäre, den Genozid ohne internationale Interventionen durchzuführen, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Es ist trotzdem wichtig, den Schüler*innen diese Zusammenhänge zu erklären und zu vermitteln, dass sich ohne Aufarbeitung und Aufklärung die Geschichte wiederholt. Umso wichtiger, dass die politischen Institutionen und Bildungseinrichtungen nicht vor dem Protest türkischer Nationalist*innen einknicken.

Graue Wölfe in Deutschland immer sichtbarer

Doch neben dem Geheimdienst MIT und einigen großen deutsch-türkischen Verbänden geht die Gefahr noch von einer anderen Gruppe aus. Sie propagieren einen „ethnischen Nationalismus“, der die Ver-

5 Ermagan, Ninve: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“, in Cicero: <https://www.cicero.de/innenpolitik/jahrestags-des-genozids-wer-redet-heute-noch-von-der-vernichtung-der-armenier->, 24.04.2021.

6 Abrecht, Richard: »Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?«. Adolf Hitlers Geheimrede am 22. August 1939: Das historische L-3-Dokument in: ZfGen Zeitschrift für Genozidforschung (2008), Seite 93–132.

einigung aller Türkvölker zum Ziel hat. Ihr großes Ideal ist „Turan“, ein großtürkisches Reich unter türkischer Vorherrschaft.⁷ Überschattet durch die Ideologie des Turanismus und Panturkismus schließen sie die Emanzipation verschiedener Nationalitäten und Religionen aus. Die Rede ist von der größten rechtsextremen Bewegung in Deutschland: die Grauen Wölfe. Zu ihren Feinden gehören Menschen armenischer, assyrischer, ezidischer, kurdischer und jüdischer Herkunft. Es handelt sich hierbei nicht um einen eingetragenen Verein, der sich Graue Wölfe e.V. nennt. Ihre über 18.000 Mitglieder organisieren sich in drei Dachorganisationen, denen bundesweit mehr als 300 Vereine angehören. Genau hier ist es problematisch, ein Verbot durchzusetzen, denn es ist schwierig, alle nahestehenden Organisationen gleichzeitig zu verbieten. Jedoch besteht durchaus die Möglichkeit, ihre Symbole – den grauen Wolf, die drei Halbmonde und den Wolfsgruß – wie bereits in Österreich unter Strafe zu stellen.⁸

Kritik an der türkischen Regierung ist gefährlich

Zu beobachten ist, dass die Drohungen gegen Menschen, die die türkische Regierung kritisieren, sich für die Aufklärung und Ausarbeitung des Völkermordes an den Armenier*innen, Assyrer*innen und Pontosgriech*innen einsetzen, zunehmend zur Zielscheibe verbaler und nonverbaler Angriffe werden. Besonders traf es in den letzten Jahren die armenische Community in Deutschland. Denn seit dem Wiederaufflammen des Bergkarabach-Konflikts im September 2020 häuften sich auch die Angriffe und Todesdrohungen der rechtsextremen türkischen Grauen Wölfe und radikalen Aserbaidschaner*innen auf die in der Diaspora lebenden Armenier*innen. In Frankreich zogen im Oktober 2020 mehr als 200 Anhänger*innen der Grauen Wölfe durch die Innenstadt Dijons, riefen „Allahu Akbar“ und machten gezielt Jagd auf die armenische Bevölkerung.⁹ Die Aktion wurde vorher in sozialen Netzwerken angekündigt. Auch in

7 Bozay, Kemal: Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, in bpb: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland/>, 24.11.2017.

8 Republik Österreich: „Wolfsgruß“ und weitere extremistische Symbole werden in Österreich verboten Nationalrat beschließt Novellierung des Symbole-Gesetzes, https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1480/, 11.12.2018.

9 Ermagan, Ninve: Armenier von türkischen Rechtsextremen terrorisiert – in Deutschland, in WELT: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus221552028/Tuerkische-Graue-Woelfe-Armenier-in-Deutschland-werden-terrorisiert.html>, 03.12.2020.

Deutschland haben armenische Familien Drohbriefe erhalten, ihre Geschäfte wurden demoliert, ein Auto der armenischen Botschaft in Berlin wurde angezündet. Betroffene baten deutsche Politiker um Hilfe, die jedoch ausblieb. Die Liste der Attacken ist lang und geht sogar so weit, dass Frauen bespitzelt und mit intimen Infos erpresst und Exil-Journalist*innen wie Erk Acarer vor ihrer Wohnung attackiert werden.¹⁰ Im Juli 2021 tauchten erstmals Hinweise auf, dass unter türkischen Rechtsextremist*innen hierzulande Listen kursierten, auf denen bis zu 55 Exilant*innen, darunter Politiker*innen kurdischer und türkischer Herkunft, aufgezählt wurden.¹¹

Bundesregierung muss den Einfluss türkischer Extremisten zurückdrängen

Die Gefahr, die von manchen türkischen Verbänden und Rechtsextremist*innen ausgeht, hat ein Ausmaß erreicht, dass für Kritiker*innen auf deutschem Boden gefährlich wird. Der gegenwärtige Alltagsrassismus, rechtsextreme Anschläge in Deutschland – die Politik steht vor großen Aufgaben und erweitert ihren Fokus nicht. „Ein ganz besonderes Anliegen wird für mich der Kampf für die offene Gesellschaft und gegen ihre Feinde sein – der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie und ich will als Innenministerin diese Gefahr mit aller Entschlossenheit bekämpfen“¹², sagt unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser und hat vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Anschläge in Deutschland Recht. Dieselbe Ministerin posierte jedoch am 16. Juni 2022 auf einem Foto mit Schüler*innen, auf denen einige klar erkennbare islamistische und rechtsextreme Zeichen zeigen.¹³ Das Bild wurde von Frau Faeser voller Stolz verbreitet und es zeigt, dass die Frau, für die der Kampf gegen den Rechtsextremismus höchste Priorität hat, offensichtlich nicht einmal die Symbole der größten

10 Santina, Susana: Erdoğan-Kritiker fürchten um ihr Leben, in ZDFheute, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/gewalt-journalisten-tuerkei-deutschland-100.html>, 09.07.2021.

11 Heine, Hannes: Türkische Exilanten bedroht – Bundesregierung befasst sich mit „Todeslisten“, in Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-angriff-auf-tuerkischen-journalisten-in-berlin-tuerkische-exilanten-bedroht-bundesregierung-befasst-sich-mit-todeslisten/27454244.html>, 26.07.2021.

12 Faeser, Nancy auf Twitter: <https://twitter.com/nancyfaeser/status/1467834923880960000>, 06.12.2021.

13 Heine, Hannes: Innenministerium löscht Faeser-Foto mit rechtsextremen Symbolen, in Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/politik/schueler-zeigten-wolfsgruss-und-islamistische-zeichen-innenministerium-loescht-faeser-foto-mit-rechtsextremen-symbolen/28430404.html>, 16.06.2022.

rechtsextremen Bewegung in Deutschland kennt und die Gefahren des Islamismus ignoriert. Der entfachte Shitstorm auf Faesers Foto und ihre Entschuldigung sollten ein Weckruf sein. Es wird von der Bundesregierung erwartet, dass sie das Thema Rechtsextremismus und Islamismus ernst nimmt und nicht nur aus Angst vor Rassismuskorrekturen ihre ganze Aufmerksamkeit auf deutsche rechtsextremistische Strömungen richtet, sondern migrantische verfassungsfeindliche Bewegungen ebenfalls in den Fokus nimmt. Es handelt sich nicht um antimuslimischen Rassismus und Xenophobie, wenn auf diese extremistischen Strömungen aufmerksam gemacht wird. Schließlich sind die Betroffenen und häufig das erste Ziel dieser Extremisten: Migrant*innen.



Ninve Ermagan ist 23 Jahre alt und studiert an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz Geschichte und Politikwissenschaften. Sie ist Tochter assyrischer Christen aus der Türkei und beschäftigt sich als freie Autorin mit den Themen Christenverfolgung, türkischer Rechtsextremismus, Islamismus und mit der Rolle der Frau in patriarchalisch geprägten Kulturkreisen.

Wir brauchen den jüdisch-muslimischen Dialog – jetzt!

von Ruben Gerczikow

Es war der 20. Juli 2020, der erste Verhandlungstag am Oberlandesgericht Naumburg. Verhandelt wurde die Klage gegen den Rechtsterroristen von Halle. Direkt zum Prozessbeginn präsentierte er den anwesenden Personen sein antisemitisches Weltbild. Er sprach davon, dass Jüdinnen*Juden die „Hauptverursacher am weißen Genozid“ seien und eine „neue Weltordnung errichten“ wollten.¹ Im weiteren Verlauf des Verfahrens erklärte er ausführlich, wie einschneidend das Jahr 2015 für ihn gewesen sei. Damit meinte er die globalen Fluchtbewegungen und die damit verbundene Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland. Er habe sich von der Gesellschaft alleingelassen gefühlt, weil diese sich angeblich nur noch für Muslim*innen und Black and People of Colour (BPoC) eingesetzt habe. Vor Gericht gab er auch an, dass er im Sommer 2015 erstmals angefangen habe, sich zu bewaffnen. Für ihn seien Jüdinnen*Juden die angeblichen Drahtzieher der Fluchtbewegungen. Deshalb hatte er sich die Synagoge der Jüdischen Gemeinde Halle als Anschlagziel ausgesucht – und eben keine Moschee. Er sah sich mit der Frage konfrontiert, ob er „das Symptom oder die Ursache bekämpfen“² will und entschied sich dann für die „Ursache“. In diesem konkreten Fall bedeutete dies, dass er die 51 betenden Menschen, die sich zum höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur in der Synagoge versammelt hatten, als Ziel auserkoren hatte. Warum er, nachdem seine Waffen versagten und es ihm nicht gelang, in das Gebetshaus einzudringen, in Richtung Innenstadt fuhr, erläuterte er ebenfalls vor Gericht. Er

1 vgl. Stanjek, Grischa (2021): 1. Verhandlungstag. In: Pook, Linus/ Stanjek, Grischa/ Wigard, Tuija (Hrsg.): Der Halle-Prozess: Mitschriften. Leipzig: Spectar Books. S. 74.

2 ebd.

wollte dorthin, weil „die immer voller Muslime und N[*****]“³ war und er nun gegen „das Symptom“ und „nicht [mehr] die Ursache“ vorgehen wollte. Nachdem er den Angriff auf die Gemeinde beendet hatte, ermordete er die Passantin Jana Lange vor der Synagoge und im *KiezDöner* Kevin Schwarze, der dort gerade zu Mittag aß.

Eine unheilvolle Vereinigung

Die Ideologie des Attentäters von Halle und auch vieler weiterer Rechtsterrorist*innen der vergangenen Jahre folgt der Annahme, dass es eine „globale Elite“ oder „Globalisten“ gäbe, die die europäische Bevölkerung austauschen, „vermischen“ und schlussendlich ersetzen wollen. Hier verbinden sich antisemitische, rassistische und misogynne Ideologeme zu einem höllischen Dreizack. Denn die „globale Elite“ bedient sich der Gruppe der Migrant*innen, um die Menschen besser kontrollieren und beherrschen zu können. Es geht um „die da oben“ gegen „die hier unten“, die abstrakte Gefahr, die in einer konkreten Personengruppe personalisiert wird und angeblich das „gute Volk“ vernichten will: der klassische Aufbau antisemitischer Verschwörungserzählungen. Hierzu werden die Werkzeuge, also in diesem Fall die muslimisch-markierten Migrant*innen, abgewertet. Rechtsterrorist*innen schrecken nicht davor zurück, ganze Menschengruppen simultan auf- oder abzuwerten. Als Masse seien sie gefährlich und drohten, die vermeintlich autochthone Bevölkerung zu vernichten. Im Einzelnen seien sie weniger intelligent und geringwertiger, aber hätten dafür starke körperliche Kräfte. Dazu kommt der misogynne⁴ Charakter: Europäische Frauen würden sich von der vermeintlichen rohen, animalischen Natur der Migrant*innen stärker angezogen fühlen und deshalb den weißen europäischen Mann links liegen lassen. Dieses Verständnis reduziert Frauen auf eine Funktion als ‚Gebärmaschinen‘ und spricht ihnen gleichzeitig ihre Selbstständigkeit ab. Gleichermäßen entblößt sich damit auch das Selbstbild, die Angst vor der eigenen Wertlosigkeit, die hier auf ein Außen projiziert wird, das man stellvertretend hassen kann. Der rechte französische Philosoph Renaud Camus lancierte mit seinem Buch *Le Grand Remplacement* 2011 die These von einer angeblichen planvollen Vernichtung des weißen Europas, die gerne von neurechten Politiker*innen, Partei-

3 Hierbei handelt es sich um eine rassistische Fremdbeschreibung für BPoC.

4 Der Attentäter von Halle sprach in seinem Livestream davon, dass der Feminismus eine maßgebliche Ursache für die sinkende Geburtenrate im Westen sei.

en und Organisationen wie der *Alternativen für Deutschland* oder der *Identitären Bewegung* propagiert wird. Jedoch gab es bereits im 20. Jahrhundert ähnliche Verschwörungserzählungen, die eng mit den Namen Morgenthau oder Kaufmann verbunden sind und die allesamt jüdische Familiengeschichten aufweisen.

Jüdisch-muslimische Zusammenarbeit ist gefragt

Wenn die AfD in deutschen Parlamenten antisemitisch-rassistische Verschwörungserzählungen verbreitet und rechtsterroristische Anschläge wie in Halle und Hanau ideologisch rechtfertigt, dann erscheint eine starke jüdisch-muslimische Zusammenarbeit umso notwendiger, um gemeinsam gegen diese Bedrohung ankämpfen zu können. Wie Solidarität unter diesen beiden marginalisierten Gruppen aussehen kann, hat die *Jüdische Studierendenunion Deutschland* (JSUD) anlässlich des ersten Jahrestags von Halle eindrucksvoll bewiesen. Die JSUD organisierte eine Spendenkampagne für die muslimischen Besitzer des *KiezDöners*, İsmet und Rifat Tekin. Sie hatten nach dem Anschlag mit Traumata und finanziellen Einbußen zu kämpfen. Im Spendenaufruf hieß es: „*Der Rechtsterrorist glaubte nicht an eine multikulturelle Gesellschaft. Aus antisemitischen und rassistischen Motiven ermordete er vor gut einem Jahr zwei Menschen. Wir [...] glauben an eine multikulturelle Gesellschaft in diesem Land. Wir glauben an ein friedliches Zusammenleben, unabhängig von Religion, Nationalität oder Hautfarbe. Wir glauben an Solidarität!*“⁵ Am Ende gelang es ihnen, rund 30.000 Euro für einen Umbau des *KiezDöners* in das türkische Frühstückscafé *Tekiez*⁶ zu sammeln.

Berührungspunkte überwinden

Trotz dieses Beispiels gibt es eine klare rote Linie bei der jüdisch-muslimischen Zusammenarbeit, die regelmäßig von Seiten jüdischer Institutionen gezogen wird. Antisemitismus und antisemitische Denkmuster sind in der postnazistischen-deutschen Gesellschaft tief verankert. Das wird regelmäßig durch Studien belegt: Ungefähr ein Viertel der Deutschen stimmt antisemitischen Aussagen zu. Zu diesem Ergebnis kam auch eine im Frühjahr 2022 veröffentlichte Repräsentativbefragung zum Antisemitismus in

5 Jüdische Studierendenunion Deutschland (o.J.): Solidarität mit dem Kiez-Döner Halle, online verfügbar unter: <https://www.jsud.de/beitrag/solidaritat-mit-dem-kiez-doner-halle>, aufgerufen am 21.06.2022.

6 Im Mai 2022 gaben die Brüder Tekin aufgrund fehlender Einnahmen ihre Betriebsaufgabe bekannt.

Deutschland, die vom *American Jewish Committee* (AJC) in Berlin in Auftrag gegeben und vom *Institut für Demoskopie Allensbach* durchgeführt wurde. Im Vergleich zu vorherigen Studien ließ das AJC erstmalig auch antisemitische Einstellungen bei Muslim*innen untersuchen. Dabei kam heraus, dass *„das Meinungsbild gegenüber Juden [...] unter den in Deutschland lebenden Muslimen deutlich kritischer als in der Gesamtbevölkerung“* ist. Die gleiche Repräsentativbefragung konnte zudem einen positiven Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Moscheebesuchen und der Zustimmung von antisemitischen Stereotypen und Ressentiments herstellen. Die Ergebnisse zeigen, wie wichtig es ist, sich einige Institutionen näher anzuschauen, die in Deutschland zahlreiche Moscheen betreiben und somit auch das religiöse und alltägliche Leben vieler deutscher Muslim*innen beeinflussen.⁸

Antisemitische Skandale seitens muslimischer Verbände

Die *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion* (Ditib) betreibt in Deutschland rund 900 Moscheevereine und steht unter direkter Kontrolle des türkischen *Präsidioms für Religionsangelegenheiten* (Diyamet). Die Ditib, der „verlängerte Arm“ des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland, wird immer wieder mit antisemitischen Skandalen in Verbindung gebracht. So analysierte beispielsweise das *Göttinger Institut für Demokratieforschung* mehrere Social-Media-Beiträge von niedersächsischen Ditib-Vorstandsmitgliedern und fand u.a. diese Äußerung eines Funktionärs aus Hannover: *„Ihr verfluchten Israelis (...) Ich verfluche euch und Hitler das er euch nicht ausgerottet hat“*.⁹ Ein weiteres Beispiel für antisemitische Einstellungen innerhalb der Ditib stammt von Imam Hasan Çağlayan. Dieser glorifizierte den Begründer der islamistischen Terrororganisation Hamas als einen von *„fünf schönen Menschen“* mit *„Botschaf-*

7 American Jewish Committee (2022): Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung, S. 14, online verfügbar unter: <https://ajcgermany.org/de/broschure/antisemitismus-deutschland-eine-repraesentativbefragung>, zuletzt aufgerufen am 19.06.2022.

8 Mehr dazu bei Akgün, Lale (2021): Der Einfluss der großen Islamverbände auf die muslimische Community in Hinblick auf Individualität/Konformität und Meinungsfreiheit. In: Antimuslimischen Rassismus ernst nehmen – Kritik an muslimischen Organisationen zulassen, online verfügbar unter: <https://www.bdaj.de/index.php/aktuelles/nachrichten/291-bund-der-alevitischen-jugendlichen-distanziert-sich-von-politischen-islamverbaenden>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2021.

9 Brand, Michael (2021): Erneut problematische Postings von Moscheevorständen, online verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Erneut-problematische-Postings-von-Moscheevorstaenden,ditib196.html>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2022.

ten und Lehren für all jene, denen die Sache um Jerusalem wichtig ist“.¹⁰ Die *Jüdische Allgemeine* berichtete in der Vergangenheit immer wieder von antisemitischen Vorfällen in Ditib-Moscheegemeinden. Die Berichte über die getätigten Kommentare und Äußerungen sorgten zwar für Distanzierungen des Ditib-Bundesvorstandes, aber der Präsident des *Zentralrates der Juden in Deutschland* Dr. Josef Schuster sieht beim Antisemitismus keine Einzelfälle.

Neben Ditib gibt es weitere Verbände, über die gesprochen werden muss. Der *Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands* (IGS) unterstehen rund 150 Moscheegemeinden. Gegründet und gesteuert wurde die IGS vom *Islamischen Zentrum Hamburg* (IZH), das laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz „neben der iranischen Botschaft die wichtigste Vertretung des Iran in Deutschland und ein bedeutendes Propagandazentrum des Iran in Europa“¹¹ ist. Der Leiter des IZH und mutmaßliches Mitglied der iranischen Revolutionsgarden Mohammad Hadi Mofatteh soll in einem offiziellen Schreiben des iranischen Regimes als offizieller Vertreter des „Obersten Führers“ des iranischen Regimes Ayatollah Chamenei bezeichnet worden sein. Das iranische Regime droht dem jüdischen Staat Israel beinahe täglich mit der Vernichtung, leugnet die Verbrechen der Shoa und finanziert islamistische Terrororganisation wie die palästinensische Hamas oder die libanesisch-syrische Hisbollah. Auch der größte Mitgliedsverband im *Zentralrat der Muslime, die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa* (ATIB)¹², unterhält Moscheegemeinden. Ideologisch wird ATIB der türkisch-rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung zugeordnet. Diese zeichnet sich neben ihrem Rassismus auch durch ein antisemitisches Weltbild aus.

10 Schindler, Frederik (2022): Hamburger Ditib beschäftigt Imam, der Hamas-Gründer lobte, online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article239206311/Islamverband-Hamburger-Ditib-beschaefigt-Imam-der-Hamas-Gruender-lobte.html>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2022.

11 Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Organisationsgebundener Islamismus und Terrorismus in Deutschland. In: Verfassungsschutzbericht 2021. S.197, online verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021.html>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2022.

12 Mehr dazu bei Akgün, Late (2021): Der Einfluss der großen Islamverbände auf die muslimische Community in Hinblick auf Individualität/Konformität und Meinungsfreiheit. In: Antimuslimischen Rassismus ernst nehmen – Kritik an muslimischen Organisationen zulassen, online verfügbar unter: <https://www.bdaj.de/index.php/aktuelles/nachrichten/291-bund-der-alevitischen-jugendlichen-distanziert-sich-von-politischen-islamverbaenden>, zuletzt aufgerufen am 21.06.2021.

Gemeinsam gegen den religiösen Einfluss antidemokratischer Regime

Diese Beispiele verdeutlichen, dass wir als Gesellschaft uns auch gegen den religiösen Einfluss von antidemokratischen Regimen stellen und die integrative Arbeit der vergangenen Jahrzehnte kritisch analysieren müssen. Die bereits erwähnte Repräsentativbefragung, der antisemitische Anschlag in Halle, das 2020 erschienene Buch *Terror gegen Juden* von Ronen Steinke und jüdische Erfahrungsberichte verdeutlichen, dass Antisemitismus kein Problem ist, das aus politischen Gründen nur auf die muslimischen Communitys ausgelagert werden kann. Gleichzeitig darf dieses Problem nicht ausgeklammert und ignoriert werden. Wenn der Kampf gegen Antisemitismus und jüdisch-muslimischer Dialog gelingen soll, dann dürfen antisemitische Organisationen nicht auf Bundes- und Landesebene politisch gefördert werden. Genauso bedarf es einer offenen Debatte darüber.



Ruben Gerczikow ist Publizist und recherchiert zu antisemitischen Strukturen. Regelmäßig kommentiert er das politische Tagesgeschehen und bezieht explizit Position zu Antisemitismus, Rechtsextremismus und Islamismus. Von 2019 bis 2021 war er Vizepräsident der European Union Of Jewish Students sowie der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands.

Islamismus – ein Thema für die sozialistische Bildungsarbeit

von David Pape

Für uns als ArbeiterInnenjugendverband liegt die Auseinandersetzung mit den Themen transnationaler Rechtsextremismus und Islamismus auf der Hand, da die ArbeiterInnenklasse (gerade im Westen Deutschlands) überdurchschnittlich migrantisch ist. Unsere Erfahrung ist auch, dass Islamismus und transnationaler Rechtsextremismus für migrantische Jugendliche aus der ArbeiterInnenklasse attraktive Deutungsangebote liefert und in einer Gesellschaft MigrantInnen permanent ausgrenzt und demütigt.

Der türkische Nationalismus z.B. setzt dieser Ausgrenzung eine Supremacy-Erzählung entgegen, die nicht nur Zugehörigkeit, sondern Überlegenheit propagiert. Islamismus ist zwar nicht rassistisch, sondern stellt die Überlegenheit über den Glauben und die Zugehörigkeit zur Umma her. Anders als im Rassismus wird die eigene Herkunft hier tendenziell unsichtbar, relevant ist, ob man sich für Gott entscheidet oder nicht. Was hier zählt, ist gläubig oder ungläubig.

Keine Auseinandersetzung am Reißbrett

Die Auseinandersetzung mit diesen Ideologien kann für die einzelnen Jugendverbände nicht am Reißbrett erfolgen, sondern muss aus dem eigenen Verbandsleben abgeleitet werden. Für unseren Verband, der sich die Beförderung des Sozialismus auf die Fahnen geschrieben hat, liegen die Probleme auf der Hand: Rassismus und religiöser Fundamentalismus versuchen, über die fundamentale Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Habenichtse den falschen Schleier der Einheit zu legen. Wir wollen diese Spaltung nicht leugnen, sondern Kinder und Jugendliche dazu befähigen, sich über ihre Stellung in der Gesellschaft klar zu werden und gemeinsam

daran zu arbeiten, diesen Widerspruch aufzuheben. In Zeiten, in denen sich die halbe Welt für die nächsten kriegerischen Auseinandersetzungen rüstet, wollen wir an das gemeinsame Interesse der ArbeiterInnen appellieren.

Wir haben zum Umgang mit transnationalem Rassismus und Islamismus keine gemeinsame konkrete Praxis in Form eines Methodenreaders oder Ähnlichem. In den einzelnen Abteilungen und auch auf Bundesebene tauchten einzelne Aspekte (etwa türkischer Rechtsextremismus oder Auseinandersetzung mit Salafismus und dem Islamischen Staat) zwar immer mal wieder auf: Eine vom gesamten Verband getragene gemeinsame Auseinandersetzung über pädagogische und inhaltliche Fragen von Islamismus und transnationalem Rechtsextremismus steht bei uns aber noch aus.

Unterschiede als Ausgangspunkt und nicht als Ziel der pädagogischen Arbeit

Trotzdem fangen wir nicht bei null an und haben eine abgeleitete pädagogische Praxis, die sich aus unserer oben beschriebenen Zielsetzung ableitet: Aus unserer Auseinandersetzung mit dem deutschen Rechtsextremismus können wir eine Menge übertragen. Diese Auseinandersetzung war für die Falken seit ihrer Gründung immer ein zentrales Politikfeld. Die abgeleitete pädagogische Praxis als sozialistische Erziehung adressiert die Kinder und Jugendlichen mit dem Ziel, sich selbst zu organisieren. Das Argument ist, dass sie als Klasse ein *gemeinsames* nachhaltiges Interesse daran haben, die Unterdrückung zu beenden. Die Unterschiede innerhalb der Kinder und Jugendlichen sollen dabei nicht verschwiegen werden, sondern als produktiver Ausgangspunkt für eine gemeinsame Praxis genommen werden mit dem Ziel, innerhalb der Organisationen den gemeinsamen Interessen nachgehen zu können oder für diese zu kämpfen. Rassismus und religiöser Fundamentalismus betonen die Unterschiede zwischen den Unterdrückten und schmieden eine falsche Allianz zwischen Unterdrücker und Unterdrückten, ohne die Unterdrückung anzufassen.

Rechtsextremismus bekämpfen. Überall!

In diesem Geist steht auch unsere Solidaritätserklärung mit dem BDAJ, die öffentlich angegangen wurde, weil sie Bedenken im Umgang mit verschiedenen migrantischen Jugendorganisationen beinhaltet hatte. Nicht nur für uns als Bundesvorstand, sondern für

die überwältigende Mehrheit der Bundeskonferenz war klar, dass wir unsere Analyse nicht aufgeben, nur weil Rassismus und religiöser Fundamentalismus auch aus der migrantischen Community kommt. Das ist keine Abweichung oder Aufweichung unserer anti-rassistischen Haltung, sondern deren Resultat: Auch MigrantInnen sind für uns politische Subjekte, die an ihren Inhalten und Taten zu messen sind. Das Verleugnen der eigenen Interessen durch die freiwillige Unterordnung in eine (religiöse) Gemeinschaft, ist unabhängig von Hautfarbe und Herkunft mit unserem Ziel einer Welt des Friedens und der sozialen Gleichheit nicht in Einklang zu bringen. Soll diese doch das Resultat des bewusst gewordenen Interesses der Menschen sein und nicht deren Negation.

Dem Rassismusvorwurf, der uns entgegengeschlagen ist, konnten wir entsprechend selbstbewusst entgegen: Wer Menschen aufgrund ihrer Herkunft nicht kritisiert (wo es was zu kritisieren gibt), hat ein Problem, weil er diese nicht als Subjekte, sondern als wandelnde Ungleichheitskategorien behandelt. Dass die Ideologie der Ungleichheit in migrantischen Communitys auch eine Reaktion auf die rassistische Mehrheitsgesellschaft ist, ist trivial. Es macht die falschen Antworten nicht richtiger und nimmt einen auch nicht aus der Pflicht, Rassismus und Islamismus ernst zu nehmen und zu bekämpfen.



David Pape wohnt und arbeitet in Hamburg. Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Referent für Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik im Bundesvorstand der SJD – Die Falken ist er als Lehrer für Sozialpädagogik an einer Berufsschule tätig.

Das Projekt perspek'tif:a in der Auseinandersetzung mit türkischem (Ultra-)Nationalismus

von perspek'tif:a

Neben extrem rechten Organisationen und Einstellungen, strukturellem und Alltagsrassismus in der Mehrheitsgesellschaft gibt es extrem rechte Einstellungen und Bewegungen auch in (post-)migrantischen Communitys in Deutschland. Das bekannteste Beispiel sind die sogenannten Grauen Wölfe, eine türkisch-nationalistische Gruppierung. Extrem rechte, nationalistische und völkische Einstellungen und Organisationen in (post-)migrantischen Communitys stellen nicht nur eine Bedrohung für die pluralistische Gesellschaft als Ganzes dar. Ganz konkret sind insbesondere Regime- und Regierungskritiker:innen, Politiker:innen sowie Minderheiten innerhalb migrantischer Communitys in Deutschland akut bedroht. Die Bedrohungsszenarien sind dabei vielfältig und reichen bis hin zu Morddrohungen, Hetze und gezielter Körperverletzung. Oftmals wird diese Bedrohungslage in der Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht wahrgenommen. Unter anderem aufgrund fehlenden Wissens sind die verschiedenen nicht mehrheitsdeutschen Spielarten extrem rechten Denkens vielen Menschen schwerer zugänglich als der Rechtsextremismus deutscher Provenienz und auch dadurch weniger sichtbar. In öffentlichen Debatten zum Themenkomplex „Rechtsextremismus“ wurde und wird diesen Varianten extrem rechter Einstellungen zu wenig Beachtung geschenkt. An dieser Stelle setzt der Schwerpunkt perspek'tif:a unseres Beratungsangebotes „Kurswechsel“ in Hamburg an. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung erfolgreicher Methoden der Tertiärprävention im Phänomenbereich nicht mehrheitsdeutscher Rechtsextremismus. Jedoch stellt sich hier die Frage, inwieweit der Fokus dabei auf einer institutionellen Ebene verbleiben sollte. Reicht es, Ausstiegs- und

Distanzierungskonzepte für Mitglieder von eindeutig den Grauen Wölfen zuzuordnenden Vereinen und Gruppierungen vorzuhalten? Oder muss der Blick gleich dem Fokus auf die mehrheitsdeutsche extreme Rechte auch hier mit in die migrantische Mitte gerichtet werden? Durch unseren Beitrag möchten wir hierzu eine Diskussion anregen, wozu wir jedoch zunächst, sehr verkürzt, die Geschichte der (institutionalisierten) türkischen extremen Rechten in Deutschland darstellen und unser Projekt perspektif:a vorstellen.¹

Zur Geschichte der türkischen extremen Rechten in Deutschland

Mit der Einwanderung von Arbeitsmigrant:innen nach Deutschland seit den 1960er- und 1970er-Jahren und der frühen Gründung von migrantischen (Moschee-)Vereinen und Netzwerken sind innenpolitische Konflikte der Türkei, u.a. auch türkische extrem rechte Ideologien, auch hierzulande vertreten. Schon früh wurden Auslandsvertretungen der türkischen extrem rechten Partei MHP (Milliyetçi Hareket Partisi/Partei der Nationalistischen Bewegung) neben Deutschland in etlichen europäischen Ländern (z.B. in Holland, Belgien, Dänemark oder Frankreich) gegründet. Ihre antikommunistischen Bündnisse mit der damaligen CSU sowie mit anderen extrem rechten Parteien in Deutschland in den 1970er- und 1980er-Jahren haben mit dafür gesorgt, dass sich die MHP in Deutschland etablieren konnte. Organisiert sind türkische extrem rechte Organisationen in Deutschland hauptsächlich in drei großen Dachverbänden. *Die Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu* (ADÜTDF/Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.), auch *Türk Federasyon* genannt, ist mit über 200 Vereinen die größte türkische extrem rechte Organisation. Die anderen beiden Dachverbände sind die *Türkisch-Islamische Union in Europa e.V.* (ATIB/türk. „Avrupa Türk-İslam Birliği“) und der *Verband der türkischen Kulturvereine in Europa* (ATB, früher ANF/türk. „Avrupa Türk Birliği“) mit bundesweit 123 Vereinen. ATIB stellt laut Selbstdarstellung einen Dachverband dar, welcher in keiner Verbindung zu bestimmten Parteien in der türkischen Politik steht. Er wurde 1997 gegründet und umfasst in seiner islamistisch extrem rechten ideologischen

1 Für eine detailliertere Darstellung empfehlen wir unser Fokusheft: „(Extrem) rechte Identitäten mit Türkeibezug“. Online abrufbar unter: <https://www.perspektifa.de/materialien/>

Ausrichtung 126 Vereine. Den Versuch, eine Synthese zwischen Islamismus und Nationalismus zu realisieren, teilt der Dachverband mit der ATB. Dieser Verband stellt die Ablegerorganisation der BBP (türk. „Büyük Birlik Partisi“/Große Einheitspartei) dar, die sich 1992 durch ideologische Differenzen hinsichtlich des Stellenwerts des Islams von der MHP abspaltete.

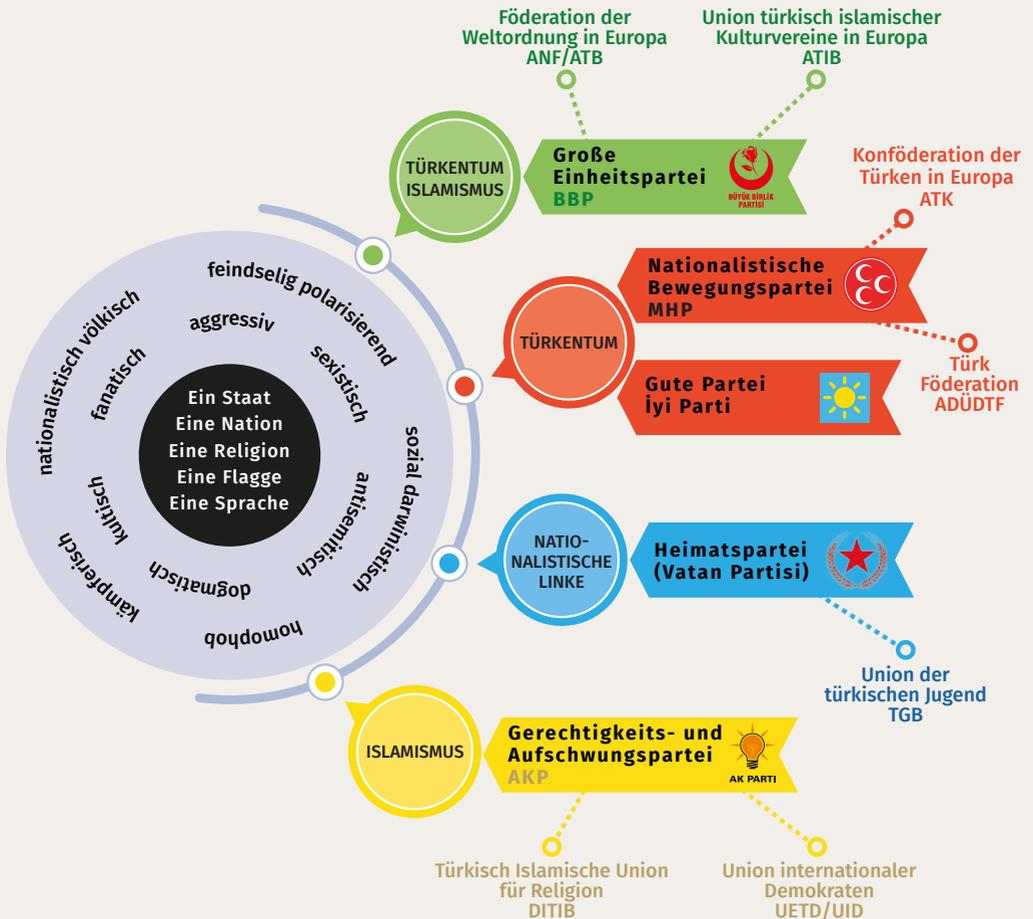
Neben dieser und weiterer Abspaltungsbewegungen im extrem rechten politischen Spektrum war es der MHP in den letzten Jahren möglich, ein Bündnis mit der türkisch-islamistischen AKP einzugehen und eine gemeinsame Regierungspolitik zu betreiben. Hierdurch verwischt auch auf der großen politischen Bühne zunehmend die Grenze zwischen türkisch-nationalistischen und islamistischen Strömungen mit extrem rechten Anteilen. Diese Synthese wird auch öffentlich unter dem verharmlosenden Begriff „Islamnationalismus“ zusammengefasst und drückt sich unter anderem feindlich gegenüber Kurd:innen und Alevit:innen sowie antisemitisch aus.

Perspek'tifa – gegen extrem rechte Einstellungen und Gruppierungen in (post-)migrantischen Communitys

Das Projekt perspek'tifa ist ein Schwerpunkt innerhalb unseres Beratungsangebotes „Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts“ in Hamburg. Ziel ist die (Weiter-)Entwicklung eines Distanzierungs- und Ausstiegskonzeptes für Formen nicht mehrheitsdeutschen Rechts-extremismus. Die Arbeit ist nicht nur auf die Formen extrem rechter Ideologien mit Türkeibezug beschränkt. Auch extrem rechte Strömungen beispielsweise in postsowjetischen Communitys, kroatische oder serbische Formen des Ultranationalismus fallen in den Aufgabenbereich des Projektes. Zu den Angeboten gehören neben der Distanzierungs- und Ausstiegsbegleitung sowie der Beratung von Angehörigen und Fachkräften auch unterschiedliche Informations- sowie Bildungsveranstaltungen in verschiedenen Formaten wie z.B. Vorträge, Workshops, Seminare oder Fachtage. Darüber hinaus wollen wir zur Verzahnung von Wissenschaft und Praxis beitragen, etwa in Form von Fachaustauschen von Fachkräften und Wissenschaftler:innen.²

² Siehe für weitere Informationen den perspek'tifa Blog, auf welchem regelmäßig neue Schlaglichter auf die unterschiedlichen Phänomenbereiche geworfen werden: <https://www.perspektifa.de/blog-de/>

DARSTELLUNG (EXTREM) RECHTER PARTEIEN UND ORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND MIT BEZUG AUF TÜRKEI-COMMUNITYS



Das Diagramm geht davon aus, dass extrem rechte Einstellungen und Ideologien innerhalb türkeistämmiger Communitys in Deutschland – ähnlich wie in der Mehrheitsgesellschaft – kein Randproblem sind. Vielmehr sind Elemente rechtsextremen Denkens auch in der Mitte türkeistämmiger Communitys verbreitet und durch politische Parteien und Organisationen institutionalisiert.

Der schwarze Kreis in der Mitte ist der nicht-hinterfragbare Ausgangspunkt aller (extrem) rechten Ideologien und Organisationen in der Türkei und ihren Bezugsorganisationen in Deutschland und stellt somit das Kernproblem als Status Quo der türkischen Staatsideologie dar, welche Diversität und Pluralität der türkischen Gesellschaft strukturell ausschließt: Ein zentralistischer Staat, eine homogene Nation, eine einzige Religion, eine einzige Flagge/Wappen und eine einzige türkische Sprache. Die im Diagramm angegebenen Parteien und ihre Bezugsorganisationen teilen diese fünf Prinzipien gemeinsam.

Um den schwarzen Kreis herum sind wesentliche extrem rechte Attribute dieser Parteien und Organisationen angeordnet, die sich bei allen feststellen lassen, jedoch unterschiedlich akzentuiert sind. Sie sind noch nach ihrer ethnisch-religiösen Weltanschauung differenziert und das Türkentum, der Islam und das Vaterland stehen im Zusammenspiel. Demnach stehen die MHP und die Gute Partei für das Türkentum, die BBP für eine gemischte Form von Türkentum-Islam, die AKP für den Islam und die Heimatpartei für das Vaterland.

Jede unterschiedliche Farbe zeigt die in Deutschland vertretenen Auslandsorganisationen der jeweiligen Parteien. Da die Gute Partei als Abspaltung von der MHP relativ neu gegründet wurde, ist sie in Deutschland nicht breit organisiert und hat noch keine bemerkenswerte Vertretung und lokale Organisationen ins Leben gerufen.

Die (migrantische) Mitte der Gesellschaft als Teil des Problems?

Auch in der Auseinandersetzung mit mehrheitsdeutschem Rechts-
extremismus lag der Fokus lange Zeit ausschließlich auf eindeu-
tig faschistischen Gruppierungen und Parteien. Erst ab Anfang der
Zweitausender wurden durch Studien wie die „Deutschen Zustän-
de“³ die Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung vermehrt in den
Blick genommen. Plötzlich wurde wahrnehmbar, dass eine haar-
scharfe Abgrenzung zwischen extremer Rechter und gemäßigter
Mitte nicht immer so leicht möglich ist. Ähnlich stellt sich die Situ-
ation mit Blick auf die Grauen Wölfe in Deutschland dar. Insbeson-
dere in den letzten Jahren kam es hier zu einer Vermischung unter-
schiedlicher politischer Strömungen, die es notwendig macht, den
Blick zu weiten. Dass die Grenzen zwischen „Islamnationalismus“,
Kemalismus und MHP-nahem Rechtsextremismus nicht immer klar
sind, lässt sich anhand von vier Beispielen veranschaulichen:

- Nach dem Ende einer Rede im März 2017 im Türkischen Konsulat
in Hamburg-Harvestehude zeigte der türkische Außenminister
Mevlüt Çavuşoğlu den Wolfsgruß. Dieser Gruß soll erstmalig 1991
bei einer Kundgebung von Alparslan Türkeş, dem Gründer der
Grauen Wölfe, Verwendung gefunden haben und steht seitdem
für die Nationalistische Bewegung in der Türkei.
- Im September 2015 meldete die kemalistische und antiimper-
alistische Jugend- und Studentenorganisation „Türkiye Gençlik
Birliği“ eine Demonstration in Hamburg an, an der etwa 700 Per-
sonen teilnahmen. Laut einem Bericht auf „Endstation Rechts“
waren zahlreiche Teilnehmende den Grauen Wölfen zuzuordnen,
auch einige Ordner:innen waren offenbar mit der rechtsextrem-
en Gruppe in Verbindung zu bringen.
- Zahlreiche Vorstände des Ditib-Nord Verbands, dem auch Ham-
burg angehört, sind in Kontakt mit Vereinen und Personen, die
direkt oder indirekt den Grauen Wölfen zuzurechnen sind, wie
eine Spiegel-Recherche im April 2022 ergab.⁴ Unter anderem be-
kundete ein Vorstandsmitglied auf dessen persönlichem Inter-
netauftritt tiefe Dankbarkeit gegenüber Alparslan Türkeş.

3 Heitmeyer W, ed. (2002): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp
Verlag.

4 <https://www.spiegel.de/panorama/extremismus-bei-der-ditib-ein-faible-fuer-die-grauen-woelfe-a-579a9134-bda7-475c-bdac-c9e3adaa52c9>

- „Nationalistische Wahnwelten in den sozialen Medien“ stellen eine weitere Ebene dar, auf der in hunderten deutschen Instagram- und Facebook-Profilen mit sehr unterschiedlich großer Reichweite „eine wirre Mischung aus rechtsextremen, islamistischen, osmanistischen und kemalistischen Ideen“⁵ geteilt werden. Während größere Formate wie die „Osmanische Generation“ sich in der Gestaltung ihrer Beiträge meist zurückhaltend ausdrücken, bieten sie den idealen Rahmen für ihre zum Teil extrem rechten Follower, sich in den Kommentarspalten offengruppenbezogen menschenfeindlich darzustellen.

Diese vier im Rahmen dieses Beitrags nur verkürzt dargestellten Beispiele werfen Schlaglichter darauf, dass auch in Deutschland eine haarscharfe Abgrenzung zwischen extremer Rechter und gemäßigter Mitte mit Türkeibezug nicht leicht möglich ist, was sich zudem in einem enormen Mobilisierungspotential der extremen Rechten mit Türkeibezug niederschlägt. Hinzu kommt, dass sich auch eindeutig rechtsextreme Organisationen in der Regel als weltoffen und demokratisch geben und ihre eigentlichen Inhalte mitunter nur intern kommunizieren. So tragen ihre Organisationen verharmlosende Namen, wie z.B. „türkische Föderation“ oder „türkischer Kulturverein“, die nicht unmittelbar mit einer extrem rechten Gesinnung in Zusammenhang zu bringen sind. Somit bedarf es einer differenzierten Betrachtung von Organisationen und Diskursen, die jedoch auch nicht pauschalisiert, indem beispielsweise allen Besucher:innen einer bestimmten Moschee bzw. eines bestimmten Kulturvereins pauschal eine extrem rechte Gesinnung unterstellt wird. Nicht selten sind Menschen auf der Suche nach geeigneten Räumen als (religiöse) Treffpunkte mit einem Mangel an Angeboten konfrontiert, was sich extrem rechte Gruppen zunutze machen.

Daneben begegnen uns in unserer Arbeit auch Menschen mit Türkeibezug, die weder politisch noch religiös in Zusammenhang mit den genannten Verbänden stehen und dennoch die Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der extremen Rechten bejahen. Wir dürfen, wie auch bei den Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit der mehrheitsdeutschen extremen Rechten, nicht die Augen vor menschenfeindlichen Einstellungen in der Mitte türkeistämmiger Communitys verschließen. Die Anstrengun-

5 Thomas Rammerstorfer (2018): Türkische Rechtsextreme und ihr Einfluss in Deutschland und Österreich. Wien: Lit-Verlag.

gen hinsichtlich eines Verbots und der politischen Auseinandersetzung auf Verbandsebene greifen zu kurz. Mehr Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit für den Phänomenbereich wird benötigt. Speziell müssen Lehrkräfte und weitere Multiplikator:innen sowie politisches und behördliches Personal geschult werden. Die Entwicklung und Umsetzung von Programmen von Primär- bis Tertiärprävention muss sich dabei an den Bedarfen und Erfahrungen aus Reihen der Betroffenen orientieren. Es müssen flächendeckend Angebote zur Distanzierungs- und Ausstiegsbegleitung sowie Beratung zur Verfügung stehen. Das auf Hamburg beschränkte Projekt perspek'tif:a verfolgt dabei den Anspruch, sich einem entscheidenden Teil der Herausforderungen in der Bekämpfung der extremen Rechten mit Migrationsbezug anzunehmen und mehr Erkenntnisse zu einem vielschichtigen Phänomenbereich zu Tage zu fördern.



„(Extrem) rechte Einstellungen in (post-)migrantischen Communitys“:

Begleitung - Beratung - Informationen - Austausch

<https://www.perspektifa.de>

Kontakt: info@perspektifa.de – Mobil: 0160 99234331

Legalistischen Islamismus verstehen

von Nina Scholz

Um das Phänomen des legalistischen Islamismus zu beschreiben, muss zunächst der Begriff Islamismus definiert werden, der in der Forschung zumeist synonym mit dem Begriff „politischer Islam“ verwendet wird. Dabei sind zwei Ebenen voneinander zu unterscheiden, die der Ideologie und die des politischen Handelns.

Unter Islamismus verstehen wir eine auf dem Islam aufbauende politische Ideologie, die in ihrem Kern antiwestlich und antipluralistisch ist und ein Gegenmodell zu Säkularismus, Pluralismus und Demokratie verspricht.¹ Wie bei jeder anderen großen politischen Bewegung, haben wir es beim Islamismus mit einem Spektrum verschiedenster Organisationen zu tun. Dazu zählen staatliche Akteure ebenso wie transnationale und nationale Organisationen, die bei allen Unterschieden die Idee eint, Staat und Gesellschaft nach islamischen Regeln umzugestalten² und islamischen Herrschaftsvorstellungen zu allgemeiner Gültigkeit zu verhelfen.

Der Islamismus als politische Vision

Unter den Begriff Islamismus werden daher verschiedene Strömungen subsumiert, etwa die Muslimbruderschaft, die türkische Milli-Görüş-Bewegung, die Hizb ut Tahir, diverse salafistische und wahhabitische Strömungen bis hin zu Anhängern und Anhängerinnen der von Ayatollah Chomeini entwickelten schiitischen islamischen Staatsdoktrin. Untereinander oft verfeindet, stimmen sie in den Grundzügen ihrer politischen Vision überein.

1 Nina Scholz, Heiko Heinisch: Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert, Wien 2019, S. 24 f.

2 Ebd., S. 17.

Der jordanische Politologe Saleh al-Khawalda betrachtet Bewegungen dann als islamistisch, wenn sie im Islam eine politische Ordnung zur Herrschaft sehen. Politischer Islam ist ihm zufolge eine Ansammlung politischer Ideen und Ziele, die aus der Scharia abgeleitet werden. Für Anhänger und Anhängerinnen dieser Ideologie stelle der Islam nicht nur eine Religion dar, sondern eine politische, gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Ordnung, die geeignet sei, staatliche Institutionen zu bilden.³ Ähnlich definiert die algerische Politologin Badra Thalja den politischen Islam. Er umfasse „alle religiösen Bewegungen und Kräfte, die bestrebt sind, die Grundsätze der Scharia in der politischen Ordnung umzusetzen.“⁴

Die gängigen Definitionen im deutschen Sprachraum entsprechen weitgehend den genannten der arabischen Welt. Tilman Seidensticker etwa definiert Islamismus als „Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden.“⁵ Gudrun Krämer spricht von einer politischen Ideologie, die eine „islamische Ordnung“ anstrebe, in der „die göttlichen Gebote und Verbote öffentlich wirksam durchgesetzt“ werden können.⁶ Politischer Islam, so Heiko Heinisch und Lorenzo Vidino in ihrer jüngsten Studie zu Organisationen des politischen Islam in Europa und Österreich, „ist eine radikale, kollektivistische politische Ideologie zur Transformation von Gesellschaften und Staaten hin zu einer normativen Ordnung nach den Regeln der Scharia. Das utopische Fernziel dieser Ideologie ist die islamische Weltherrschaft, ein weltumspannendes Kalifat.“⁷

Die Grundzüge islamistischer Ideologie

Islamistische Vorstellungen bauen auf folgenden Prämissen auf: Einteilung der Welt in „Gläubige“ und „Ungläubige“, in Muslime und Nichtmuslime; Imagination einer idealisierten weltweiten islamischen Gemeinschaft (*Umma*); Überlegenheit des Islam gegenüber

3 Saleh al-Khawalda: *Political Islam: The Concept and Dimensions*. In: Aischa Abbasch: *Ischkaleyyat Addawla wa-l-Islam asseyasi*. Berlin: 2018, S. 5.

4 Badra Thalja: *Political Islam and Authority*. In: Aischa Abbasch: *Ischkaleyyat Addawla wa-l-Islam asseyasi*. Berlin: 2018, S. 51.

5 Tilman Seidensticker: *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen*, München 2014, S. 9.

6 Gudrun Krämer: *Aus Erfahrung lernen? Die islamische Bewegung in Ägypten*, in: Clemens Six, Martin Riesebrodt, Siegfried Haas (Hg.): *Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung*, Innsbruck 2005, S. 186.

7 Heiko Heinisch, Lorenzo Vidino: *Organisationen des politischen Islam und ihr Einfluss in Europa und Österreich. Zwei Berichte*, Wien 2021, S. 17.

allen anderen Religionen, Weltanschauungen und Gesellschaftsvorstellungen; Ablehnung von liberaler Demokratie, allgemeinen Menschenrechten sowie der Trennung von Religion und Staat; Gleichwertigkeit von Männern und Frauen vor Gott, aber unterschiedliche Rechte und Pflichten im Diesseits; Opferrolle der Muslime als weltweit angegriffener Gemeinschaft; Delegitimierung Israels, das als Unrechtsstaat auf palästinensischem/islamischen Boden betrachtet wird und damit verbundener Antisemitismus.

Diese Prämissen und die Grundzüge der islamistischen Ideologie werden, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen, von allen islamistischen Bewegungen und Organisationen geteilt, unabhängig von jeweiligem konkretem politischem Handeln und dem Verhältnis zu Gewalt.

Der Marsch durch die Institutionen

Während die einen zur Waffe greifen, um ihre Utopie gewaltsam herbeizuzwingen, haben sich andere auf den berühmten „Marsch durch die Institutionen“ begeben. Sie sind heute in politischen Parteien und NGOs vertreten, arbeiten mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen zusammen und haben in Europa begonnen, politische Parteien zu organisieren. Letztere bezeichnen wir als legalistische Islamisten, da sie sich weitgehend im Rahmen bestehender Gesetze bewegen.

Bereits Hasan al-Banna, der Gründervater der Muslimbruderschaft, hatte 1936 in seinem Aufruf „An die Jugendlichen“ das Programm einer Graswurzelbewegung entworfen. Zunächst sollten über die Männer die Familien in die Bewegung eingebunden werden, über die Familien die Dörfer und Städte, um, so al-Banna, auf Basis der „Gesetze Gottes“ eine islamische Regierung im Land (gemeint war Ägypten) errichten und schließlich die gesamte Welt dem Islam unterwerfen zu können.⁸

Systematische Ausbreitung des Islam in Europa

Dieses zunächst für islamische Länder entworfene Programm wurde in den 1980er-Jahren an die Situation muslimischer Minderheiten in europäischen Gesellschaften angepasst. Eine der treibenden Kräfte dieses Projekts war der Chefideologe und Spiritus Rector

⁸ Zitiert nach: Suad Shumareye, Der Kampf Hasan al-Bannas für die Wiederherstellung des islamischen Gesellschaftssystems (Bonner Islamwissenschaftliche Hefte, Nr. 14), Berlin 2009, S. 46–48.

der Muslimbruderschaft, der in Katar lebende Yusuf al-Qaradawi. Er entwickelte das Konzept des „Wegs der Mitte“ (*Wasatīyya*) und eine sogenannte Minderheiten-Jurisprudenz (*Fiqh*). Dabei handelt es sich um ein eigenes Normensystem für durch Einwanderung entstandene muslimische Minderheiten in westlichen Ländern.⁹ Mit ihm wurde die klassische islamische Zweiteilung der Welt in das „Haus des Islam“ (*dar al-islam*) und das „Haus des Krieges“ (*dar al-harb*) um ein drittes Gebiet erweitert. Die europäischen Länder, Nordamerika und alle anderen Länder, in denen Muslime leben und nicht an der Ausübung ihres Glaubens gehindert werden, wurden zum „Haus der Mission“ *dar al-da'wa* erklärt.¹⁰

In einem Strategiepapier der Muslimbruderschaft von 1982, dass 2001 im Zuge von Hausdurchsuchungen nach den Anschlägen von 9/11 bei einem führenden Muslimbruder der Schweiz gefunden wurde, werden Anhänger angewiesen, die Freiheiten zu nutzen, die ihnen europäische Länder bieten, in Parteien, Gewerkschaften und NGOs einzutreten und sich in Parlamente wählen zu lassen, um die Sache der Muslime und des Islam zu vertreten.¹¹ Heute finden sich Proponenten legalistischer islamistischer Organisationen eben dort. Darüber hinaus haben sie zahlreiche eigene NGOs gegründet, von denen einige in Brüssel angesiedelt sind, wie etwa das Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO)¹², und die als Lobbyorganisationen versuchen, EU-Institutionen zu beeinflussen.

Kritik wird als antimuslimischer Rassismus diffamiert

Diverse Organisationen und Akteure und Akteurinnen aus dem Umfeld des politischen Islam engagieren sich in den Bereichen „Antirassismus“ und „Diskriminierung“, stellen aber zumeist den Kampf gegen „antimuslimischen Rassismus“ oder „Islamophobie“ in den Vordergrund. Dabei kommen ihnen jene Teile der Linken entgegen, die auf Identitätspolitik und postkoloniale Theorien setzen und sie als Vertretung aller Muslime und Musliminnen wahrnehmen.

9 Vgl. dazu Sarah Albrecht: Islamisches Minderheitenrecht: Yusuf al-Qaradawis Konzept des *fiqh al-aqalliyat* (Kultur, Recht und Politik in Muslimischen Gesellschaften, Band 17), Baden-Baden 2010.

10 Sarah Albrecht: *Dār al-Islām Revisited Territoriality in Contemporary Islamic Legal Discourse on Muslims in the West*, Leiden 2018, S. 165 ff.

11 Siehe Scholz, Heinisch: *Alles für Allah*, S. 46.

12 Der Dachverband muslimbrudernaher Jugendorganisationen.

Der Extremismusforscher Lorenzo Vidino bezeichnet ihre Strategie als „Woke Islamism“.¹³ Die zumeist jüngeren Aktivistinnen und Aktivisten engagieren sich etwa auch im Gender-Bereich gegen Diskriminierung, beziehen sich dabei jedoch nicht auf muslimische Communitys. Die unterschiedliche Markierung von Frauen und Männern und die Unterdrückung homosexueller Menschen innerhalb muslimischer Communitys ist nicht nur nicht Gegenstand der Debatte, vielmehr wird jede Kritik an innermuslimischen Verhältnissen als „antimuslimischer Rassismus“ diffamiert.

Freiräume für konservativ-islamische Communitys im demokratischen System schaffen

Legalistische Islamisten sind im Gegensatz zu gewaltbereiten flexibel und passen ihre Strategie an die jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an. Das kurzfristige Ziel besteht darin, dem Islam eine gesellschaftliche Sonderstellung zu verschaffen, die mit einer Teilhabe am demokratischen System bei gleichzeitiger Segregation von der Mehrheitsgesellschaft einhergeht. Was auf den ersten Blick paradox klingen mag, macht aus islamistischer Perspektive Sinn: Freiräume für konservativ-islamische Communitys, innerhalb derer nach islamischen Regeln gelebt werden kann, lassen sich in einem demokratischen System zunächst nur nach demokratischen Regeln etablieren, in der Hoffnung, in der Zukunft über die notwendige politische Mehrheit zu verfügen, die es erlaubt, die Regeln selbst zu ändern und islamische Normen auf weitere Teile der Gesellschaft auszudehnen.



Nina Scholz, Politikwissenschaftlerin und Autorin, lebt in Wien. Sie forscht und publiziert zu Nationalsozialismus und Antisemitismus und zum Themenkomplex Europa, Menschenrechte und Islam.

¹³ Lorenzo Vidino: The Rise of „Woke“ Islamism in the West, Hudson Institute, 23.01.2022: <https://www.hudson.org/research/17804-the-rise-of-woke-islamism-in-the-west> [29.06.2022].

Religionsfreiheit und islamistisches Mainstreaming

von Amed Sherwan

Religionsfreiheit bedeutet für mich das Recht, nicht zu glauben und mein Leben frei von religiösen Vorschriften zu gestalten. Diese Freiheit habe ich als Kind nicht gehabt. Ich bin als Muslim geboren und erzogen worden und habe mir meine Freiheit von der Religion hart erkämpfen müssen. Trotzdem oder gerade deshalb respektiere ich den Wunsch anderer Menschen, ihren Glauben auszuleben. Ich möchte, dass jede Person ihr Leben so gestalten kann, dass es ihrer Weltanschauung entspricht – solange sie damit andere nicht an genau demselben hindert.

Daher habe ich mittlerweile auch als Ex-Muslim ein entspanntes Verhalten zu religiösen Traditionen und Praktiken. Mir ist völlig einerlei, ob Leute fasten, beten, sich verhüllen oder bestimmte Essensvorschriften einhalten, wenn sie es aus freien Stücken tun und mich damit nicht behelligen. Ich wünsche mir möglichst diversitätssensible Orte und finde es legitim, wenn Menschen individuelle Lösungen dafür aushandeln, ihre Alltagsrituale ausleben zu können.

Mir ist egal, wenn mein Arbeitskollege seine Pause lieber mit einem Gebet in einer Kammer als rauchend vor der Tür verbringt. Und als Vegetarier freue ich mich über jede Kantine, die ethische, gesundheitliche oder religiöse Entscheidungen respektiert und etwas für jeden Geschmack anbietet. Die Sexualmoral hinter dem Kopftuch lehne ich ab, trotzdem respektiere ich die freie Entscheidung jeder erwachsenen Frau, sich so zu kleiden, wie sie will.

Der zentrale Punkt: Entscheidungsfreiheit

Das ist für mich der entscheidende Punkt: Entscheidungsfreiheit. Aus meiner Sicht ist es daher notwendig, ganz genau zu gucken, wenn Forderungen nach Ausübung der Religionsfreiheit laut wer-

den. Geht es tatsächlich um persönliche Freiheit und gegenseitige Rücksichtnahme? Oder werden unter dem Deckmantel von Religionsfreiheit starre Standards dafür durchgesetzt, wie muslimisches Leben sich zu gestalten hat?

Mir scheint es oftmals so, dass Forderungen nach einem Recht auf Kinderkopftuch, Halal-Essen oder muslimische Gebetsräume gar nicht konkreten Bedürfnissen entsprechen, sondern von Akteur*innen formuliert werden, die sich damit als Sprachrohr einer angeblich homogenen muslimischen Community etablieren und ihr reaktionäres Bild des »wahren Islam« durchsetzen wollen. Und das gelingt ihnen ganz offensichtlich erschreckend gut.

Ich habe einige muslimische Freund*innen, die weder Essensvorschriften beachten noch fasten, geschweige denn sich verhüllen. Und dafür müssen sie sich nicht nur vor strenggläubigen Muslim*innen rechtfertigen, sondern auch vor Menschen aus der deutschen Mehrheitsbevölkerung, deren Vorstellungen von muslimischem Leben auf den Narrativen der dominanten Islamverbände basieren.

Queere Muslime müssen sich inzwischen nicht nur vor Anfeindungen von Glaubensgenossen schützen, sondern auch von Glaubensfremden fragen lassen, wie sich ihre sexuelle Orientierung oder Identität mit ihrem Glauben vereinbaren lässt. Und es ist viel unwahrscheinlicher, dass Musliminnen mit Kopftuch danach gefragt werden, warum sie sich verhüllen, als dass unverschleierte Musliminnen sich dafür erklären müssen, warum sie es nicht tun.

Wer sich als Muslim ein Glas Wein genehmigt, muss sich nicht selten gegenüber völlig Außenstehenden dafür rechtfertigen. Und ich kann gar nicht mehr zählen, wie oft wohlmeinende Menschen mir erklärt haben, dass ich ruhig zugreifen könne, weil etwas halal sei, da sie von meinem Äußeren auf meine Religion und damit auf mein Essverhalten geschlossen haben.

Typisch muslimisch

Genau wie viele andere Ex-Muslim*innen oder Êzîdî und Angehörige anderer religiöser Minderheiten werde ich aufgrund meines Aussehens ständig muslimisch gelesen. Und so erlebe ich jeden Tag, welche Vorstellungen von Muslim*innen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft vorherrschen. Mir werden nicht nur ein bestimmtes Essverhalten unterstellt, sondern auch Werte, Rollenbilder oder politische Ansichten zugeschrieben, die angeblich „typisch muslimisch“

sind. Ich glaube nicht, dass es ein Zufall ist, dass sich dieses Bild mit den repressiven Vorstellungen der dominanten Islamverbände deckt. Aus meiner Sicht tragen diese sogar massiv dazu bei, dieses reaktio-näre Islambild auch in Deutschland in allen Köpfen zu zementieren.

Fast jeder muslimisch gelesene Mensch erlebt im Alltag Diskrimi-nierungen: auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, im All-tag und auf Reisen. Zusätzlich zu dem gesellschaftlich verankerten Rassismus gegen nichtweiße Menschen begegnen mir dabei auch viele stereotype Vorstellungen davon, wie ich als mutmaßlich mus-limischer Mann ticke.

Es frustriert mich ganz besonders, als antifeministisch, queerfeind-lich, antisemitisch, latent gefährlich oder zumindest rückständig wahrgenommen zu werden, weil diese Zuschreibungen einerseits weder auf mich noch auf viele meiner muslimischen Freunde zu-treffen und sich andererseits durchaus mit meinen Erfahrungen mit repressiven muslimischen Strukturen decken. Also genau den Strukturen, die mich zur Flucht gezwungen haben.

Dass Leute von meinem Äußeren auf meine angebliche Religion schließen und diese pauschal mit einer bestimmten Richtung im Is-lam verknüpfen, empfinde ich als einen islamisierenden Rassismus. Dieser ist in meinen Augen das Ergebnis sowohl rechter als auch is-lamistischer Propaganda, die sich in einem Aspekt nur wenig unter-scheiden: in der Behauptung eines homogenen, unveränderlichen und mit progressiven Werten unvereinbaren Charakters des Islams.

Zur Bekämpfung des islamisierenden Rassismus gehört für mich ganz dringend die Aufklärung dazu, dass erstens nicht alle Menschen mit Wurzeln im Nahen oder Mittleren Osten Muslim*innen sind und zweitens nicht alle Muslim*innen gleich sind. Und dafür müssen endlich vielfältigere Stimmen gehört werden. Außerdem bedarf es einer ehrlichen und kritischen Auseinandersetzung mit den repres-siven Strömungen im Islam und den politischen Interessen dahinter.

Der Begriff „antimuslimischer Rassismus“ unterbindet die Auseinandersetzung

Mit dem Begriff des »antimuslimischen Rassismus« wird diese notwendige Auseinandersetzung geschickt unterbunden. Statt das Problem in seiner ganzen Komplexität zu beschreiben, konstruiert der Begriff das Phänomen als einen Angriff gegen »den« Islam und zieht das Thema in die religiöse Sphäre. Legalistisch-islamistische

Organisationen nutzen dies aus meiner Sicht ganz bewusst, um sich als zuständig zu erklären und als Anwälte der von Rassismus betroffenen Menschen zu profilieren.

Und bei ihrer Problemdefinition liegen die Lösungsvorschläge auf der Hand: Im Kampf gegen »antimuslimischen Rassismus« muss »der« Islam gestärkt werden. Mit dieser Agenda bringen sich legalistische Islamist*innen überall in die antirassistische Bündnisarbeit ein und profitieren von dem alltäglichen Rassismus gegen muslimisch gelesene Menschen.

Wenn Islamverbände das Recht auf Kinderkopftuch oder Halal-Essen als Standardessen in Kantinen einfordern, mag das für Außenstehende harmlos und folgerichtig klingen. Vor dem Hintergrund dessen, wie konservative Islamvertreter*innen weltweit gegen säkulare, queere, anders- und nichtgläubige Menschen vorgehen, sind solche Vorschläge aber dringend dahingehend zu prüfen, ob sie Religionsfreiheit fördern oder behindern. Denn dass ausgerechnet reaktionäre Islamverbände sich als Verfechter von Vielfalt und Toleranz darstellen, ist ein Schlag ins Gesicht für alle feministischen, queeren, nicht- und andersgläubigen Menschen in muslimisch dominierten Zusammenhängen.

Es gibt keinen homogenen Islam

Auseinandersetzung mit Religion ist in muslimischen Communitys schwer, denn öffentliche Religionskritik gilt vielen als illoyal. Ich erlebe nicht selten, dass muslimische Freund*innen meine Kritik an den repressiven Strömungen im Islam teilen, mich aber dafür rügen, dass ich sie öffentlich formuliere. Ihre Angst vor Islamkritik ist zwar nachvollziehbar angesichts des öffentlichen Diskurses, wo jedes problematische Verhalten eines muslimischen Menschen mit der Religion begründet wird und somit alle Gläubigen in Sippenhaft genommen werden. Aber wenn wir aus diesem Dilemma herauskommen wollen, dürfen wir nicht schweigen, sondern müssen die Vorstellung eines homogenen Islams kritisch-konstruktiv aufbrechen.

Es ist für mich unerhört, wenn geflüchtete Muslime sich erst im deutschen Exil auf Druck anderer Muslime zum Fasten genötigt sehen. Ich finde es unerträglich, wenn muslimische Mädchen sich auf Druck von Mitschüler*innen für ein Kopftuch entscheiden. Und es muss endlich ein Ende haben, dass Ex-Muslim*innen, queere

Muslim*innen und Andersgläubige sich nicht in Begegnungsstätten trauen, weil die Umgangsregeln dort von legalistischen Islamist*innen bestimmt werden.

Wer sich bedingungslos auf die Seite derer stellt, die sich einseitig für bestimmte Lesarten, Praktiken und Symbole starkmachen, dient nicht der Religionsfreiheit, sondern einem islamistischen Mainstreaming.

Religionsfreiheit wird nicht durch Klientelpolitik erreicht, sondern durch Lösungen, die allen dienen. Es bedarf eines enttabuisierten Umgangs mit allen Weltanschauungen, mutige Kritik an religiösen Akteur*innen und kreative Lösungen, die alle im Blick behalten:

Rein pflanzliches Essen in Kantinen genügt buddhistischen und hinduistischen Essensvorschriften, ist halal und kosher, gesund, klima- und tiergerecht. Regelmäßige Pausen und ruhige Rückzugsräume kommen unterschiedlichsten Menschen zugute. Und alle Kinder brauchen elternunabhängige, weltanschaulich neutrale Lernorte. Es ist gar nicht so schwer!



Amed Sherwan (Jahrgang 1998), in Irakisch-Kurdistan geboren und aufgewachsen, mit 15 Jahren als Ex-Muslim inhaftiert, lebt seit 2014 in Deutschland und engagiert sich als Blogger und Aktivist. Seine Autobiographie „Kafir. Allah sei Dank bin ich Atheist“ ist 2020 bei der Edition Nautilus erschienen.

Muslimische Jugendarbeit muss unabhängiger werden

von Akin Simsek

Jugendverbandsarbeit ist divers. Dies spiegelt sich in der Vielzahl der Themenbereiche wider – von religiösen bis hin zu ökologischen Jugendverbänden. In den letzten 20 Jahren können wir eine Veränderung der Jugendverbandslandschaft beobachten. Neue migrantische und religiöse Jugendverbände ergänzen die Jugendverbandsarbeit, darunter auch die muslimische Jugendarbeit. Muslimische Jugendarbeit ist sowohl für junge Muslim*innen als auch für eine diverse Jugendverbandslandschaft von essenzieller Bedeutung. Sie hat ein starkes Potenzial und ist von identitätsstiftender Funktion für junge Muslim*innen. Diese Form der Organisation stellt für junge Muslim*innen eine Möglichkeit dar, ihr muslimisches Sein zu leben und durch ihr individuelles und kollektives Selbstverständnis einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Essensvergabe für obdachlose Menschen, Kooperationen mit der DKMS und viele andere Aktivitäten sind positiv zu sehen. Gleichzeitig können in diesen Strukturen jedoch auch problematische und herausfordernde Tendenzen erkannt werden, die genannt werden müssen, um Veränderungen herbeiführen zu können.

Struktur und Abhängigkeiten in der muslimischen Jugendarbeit

Muslimische Jugendarbeit ist juristisch und verwaltungstechnisch überwiegend auf zwei Ebenen organisiert, entweder als eingetragener Verein (e.V.) oder über Moscheegemeinden. Der Fokus dieses Beitrags liegt auf Jugendarbeit, die über Moscheegemeinden organisiert ist. Zum einen begründet sich diese Herangehensweise durch die Vielzahl der in Moscheegemeinden beheimateten Jugendverbände. Zum anderen gilt es, die komplizierten Strukturen der Jugendarbeit in den Moscheegemeinden näher zu beleuchten.

Muslimische Jugendvereine, die als eingetragener Verein organisiert sind, arbeiten mit einer eigenen Satzung. Bei der Jugendarbeit, die über Moscheen organisiert wird, ist dies nicht der Fall. Sie sind in den Gemeinden angebunden und den Satzungen der Moscheen verpflichtet, die wiederum als Vereine organisiert sind. In ihren Satzungen wird Bezug auf Jugendordnungen genommen, die als Arbeitsweise für die Jugendgruppen dienen. Jugendgruppen in Moscheen folgen also keiner eigenen Satzung, sondern einer Jugendordnung, die Teil der Moschee-Satzung ist. Dies hat zur Folge, dass Jugendgruppen, die in Moscheegemeinden organisiert sind, in einer direkten juristischen Abhängigkeit zu den Moscheegemeinden stehen.

Da die Jugendgruppen keine eigene Vereinsstruktur haben, sind sie auch nicht unterschriftsberechtigt. All diese Tätigkeiten laufen über den Moscheevorstand. So muss für alle Veranstaltungen die Unterschrift und somit die Einwilligung des Erwachsenenvorstandes eingeholt werden. Dies führt spätestens dann zu Konflikten, wenn der Erwachsenenvorstand andere Interessen und Ziele verfolgt als die Jugendgruppe der jeweiligen Moschee und somit diese z.B. bei projektbezogenen Arbeiten nicht unterstützt. In diesem Sinne kann von einer juristischen Abhängigkeit gegenüber dem Erwachsenenvorstand gesprochen werden.

In Gesprächen mit Jugendringen wird seitens der jeweiligen moscheegebundenen Jugendgruppen angeführt, dass sie zwar juristisch abhängig seien, jedoch selbstverwaltend arbeiten. Dies kann für den Augenblick stimmen. Doch wie ist die Arbeit perspektivisch zu betrachten, wenn eine Ungewissheit dahingehend herrscht, wie kritisch der neu gewählte Vorstand einer Moscheegemeinde auf die Jugendarbeit blickt? So kann es vorkommen, dass eine Jugendorganisation, die wichtige Arbeit in ihrer Kommune leistet, von einem neuen Moscheevorstand nicht anerkannt wird, da ihre Ziele mit angestrebten gesellschaftlichen Öffnungsprozessen nicht konform sind. Dementsprechend bedarf es an dieser Stelle eines Änderungsprozesses, der sich an etablierten Jugendstrukturen wie dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) orientieren muss.

Freiräume junger Muslime müssen anerkannt werden

In Bezug auf die Jugendverbandsarbeit besteht eine weitere generationale Konfrontation in der Beschäftigung von Imamen als türkische Staatsbeamte in den jeweiligen Moscheen in Deutsch-

land. Aufgrund ihrer Sozialisation in der Türkei haben sie oftmals andere Vorstellungen davon, wie Selbstorganisation und damit auch Jugendarbeit zu verstehen ist. Häufig wird jungen Menschen ihr Freiraum aberkannt. Diese Einmischung in die Aufgabenfelder und Räume der Jugendlichen wird möglich, weil Imame als religiöse Instanz nicht selten uneingeschränktes Vertrauen seitens der Gemeindemitglieder genießen.

Imame fungieren oftmals auch als Jugendkoordinatoren und damit an der Schnittstelle zwischen Jugend- und Erwachsenenverband. Dieser Umstand ist der Tatsache geschuldet, dass Jugendorganisationen, da sie nicht unterschriftsberechtigt sind, kein eigenes Personal einstellen können. Oftmals sind Imame in ihrer Arbeit an den Religionsattaché weisungsgebunden. Religionsattachés sind türkische Diplomaten und in allen türkischen Konsulaten zu finden. Eine konkrete Einmischung in die Jugendarbeit lässt sich nicht pauschal feststellen, ein erhöhtes Risiko der Einmischung von außen jedoch durchaus.

Missbrauch des Begriffs „Antimuslimischer Rassismus“

Wie viele andere Jugendverbände greifen auch muslimische Jugendverbände Themen wie Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Islam- und Muslimfeindlichkeit auf. Gleichzeitig ist es wichtig zu betonen, dass über diese Themen nach wie vor zu wenig gesprochen und danach gehandelt wird. Auch wird der Begriff des antimuslimischen Rassismus innerhalb der muslimischen Jugendarbeit nicht immer richtig verwendet. So musste ich selbst erleben, dass ein muslimischer Jugendlicher einem alevitischen Jugendlichen antimuslimischen Rassismus vorgeworfen hatte, weil dieser ihm in einem vertrauten Rahmen Fragen zu rechten Bewegungen in der Türkei gestellt hat. Wichtig ist hierbei, dass auch alevitische Mitbürger*innen von antimuslimischem Rassismus betroffen sein können. Hierbei geht es nicht an erster Stelle um das Muslim*a-Sein, sondern darum, dass man als Muslim*a fremdmarkiert und gelesen wird. Leider habe ich derartige Gespräche und Anekdoten mehrfach selbst erleben müssen. Als Muslim*innen sollte es uns wichtig sein, dass wir die Sorgen unserer alevitischen Mitmenschen, Kolleg*innen und Freund*innen ernst nehmen. Auch kann beobachtet werden, dass ideologische Haltungen der türkischen Rechten und des türkischen Faschismus in Teilen der muslimischen Jugendarbeit Einfluss genommen haben. Dies kann an

der Ausrichtung einiger Moscheevorstände oder an einzelnen Vorstandsmitgliedern festgemacht werden.

Alevitische Themen in den öffentlichen Diskurs rücken

Nicht nur im Kontext der muslimischen Jugendarbeit, sondern auch als muslimische Zivilgesellschaft im Allgemeinen müssen wir uns kritisch die Frage stellen, ob uns jedes Leid und jede Ungerechtigkeit in gleicher Form wichtig ist. Am Tag gegen antimuslimischen Rassismus am 1. Juli wird auf rassistische und diskriminierende Erfahrungen von muslimischen und muslimisch gelesenen Personen aufmerksam gemacht, was von hoher Relevanz für den öffentlichen Diskurs ist. Einen Tag später ist der Gedenktag an den Brandanschlag auf das Madımak-Hotel in Sivas, Türkei. An diesem Tag wurden 37 Personen, zumeist alevitischen Glaubens, Opfer eines Brandanschlages, welcher von einer religiös motivierten sunnitischen Gruppe ausgeführt wurde. Oftmals werden diese Themen, die wichtig für alevitische Menschen sind, nicht gleichermaßen thematisiert. Auch wenn es in den jeweiligen Strukturen zu einer internen Thematisierung kommt und der Bedarf einer Aufarbeitung geäußert wird, ist oftmals mit einem Widerstand der oben beschriebenen rechten Teilstrukturen zu rechnen, die sich gegen eine Thematisierung positionieren. Ein Problembewusstsein oder eine historische Schuld wird hierbei nicht (an)erkannt.

Unabhängige Bildungsangebote zur muslimischen Opfer-/Täter-Rolle

Ausgehend davon bedarf es Bildungsangebote, die auch von gesellschaftlichen Strukturen und Politik getragen werden müssen. An dieser Stelle ist den Jugendlichen zu vermitteln, dass es verschiedene Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt. Man kann als Muslim*a in unterschiedlichen Verhältnissen sowohl Opfer von Rassismus und Diskriminierung sein als auch gegenüber Personengruppen einer anderen Minderheit als Täter*in fungieren.

Mein Anliegen ist es, in möglichst differenzierter Form die Problemfelder in der muslimischen Jugendarbeit aufzuzeigen und gleichzeitig deutlich zu machen, dass auch Muslim*innen die Sorgen der alevitischen Zivilgesellschaft ernst nehmen und in der muslimischen Jugendarbeit zum Gegenstand ihrer Arbeit machen sollten.

Um einen Beitrag für ein besseres gemeinsames Zusammenleben in Deutschland leisten zu können, muss muslimische Jugendarbeit unabhängiger werden. Vor allem strukturell von Erwachsenenverbänden. Unter muslimischen Jugendlichen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, gibt es eine hohe Sensibilität für Themen, die wegen einer mangelnden Unabhängigkeit von Erwachsenenverbänden nicht behandelt werden können. Es bedarf der Begleitung von Jugendstrukturen, um junge Muslim*innen nicht allein zu lassen.



Akin Simsek ist 25 Jahre alt und hat Wirtschaftsrecht studiert. Er war viele Jahre in der muslimischen Jugendverbandsarbeit tätig.

Erfahrungen aus der Primärprävention

*Interview mit einem Lehrer aus einer Großstadt
anonym*

Folgendes Interview hat das Redaktionsteam mit einem Lehrer aus einer Großstadt geführt. Er engagiert sich über seinen Lehrerberuf hinaus im Bereich Antidiskriminierung und ist selber von türkisch-nationalistischen sowie islamistischen Anfeindungen betroffen.

Inwiefern sind türkischer Nationalismus und Islamismus Gegenstand Ihrer Arbeit?

Ich arbeite an einer Hauptschule in einer Großstadt mit einem sehr hohen Anteil an türkeistämmigen und türkei-bulgarischstämmigen Menschen. Wenn man noch die aus arabischen Ländern stammenden Kinder und Jugendlichen mit einrechnet, haben wir an unserer Schule mehr als 70 Prozent Kinder mit einem muslimischen Hintergrund. Von den 70 Prozent sind ein bisschen weniger als die Hälfte türkeistämmig. Auch wenn sie bulgarisch sind, identifizieren sie sich eher mit dem Türkentum oder dem türkischen Staat. Ich nehme es so wahr, dass es sich bei türkischem Nationalismus und Islamismus in erster Linie um eine Identitätsfrage handelt, was ja auch selbstverständlich ist. Das bedeutet auch, dass viele türkeistämmige und türkische Bulgar*innen, die nicht Fuß fassen konnten oder können, sich in erster Linie mit der Mehrheit identifizieren, die in der Stadt vorherrscht. Die Minderheit, die mehrheitlich da ist, sind die Türk*innen. Mir ist aufgefallen, dass es Bulgar*innen wichtig ist, sich nicht nur bulgarisch, sondern sogar eher mit türkischer Identität vorzustellen. So haben sie christliche Vornamen wie Viktor und noch einen zusätzlichen Namen, der türkisch-muslimisch angehaucht ist, wie Süleyman. Von diesen Schüler*innen habe ich jede Menge. Wenn man mit ihnen ins Gespräch kommt, kann man ganz

klar heraushören, dass es für sie wichtig ist, türkisch zu sein, muslimisch zu sein, und auch gerade in der Schule diese nationalistische Seite anzuschlagen. Gerade wenn es um muslimische Feiertage geht, ist es wichtig, sich gegenseitig ein bisschen zu pushen, aber auch, sich gegenseitig zu kontrollieren und zu fragen: „Fastest du nicht? Aber du musst doch“, sodass sie sich gegenseitig unter Druck setzen. Ich weiß es nicht zu 100 Prozent, aber meiner Kenntnis nach gibt es unter den türkeistämmigen Schüler*innen auch Nichtmuslime oder Angehörige anderer Minderheiten wie dem Alevitentum. Diese fühlen sich unter Druck gesetzt und möchten nicht auch noch von der Minderheit ausgegrenzt werden, weshalb sie sich bewusst unauffällig verhalten. Sie gehen also gar nicht erst auf die Frage ein, ob sie sich mit dem Islam identifizieren. Das sehe ich als sehr schwierig an.

Umso wichtiger ist es mir, und da kann ich nur für mich sprechen, als Mensch mit ebenfalls türkischem Background, diese Andersartigkeit in einer Minderheit zu zeigen. Für den, der Teil einer Minderheit ist und sich gleichzeitig auch der Mehrheitsgesellschaft zugehörig fühlt, ist es umso wichtiger vorzuleben, dass man auch einen anderen individuellen Weg einschlagen kann. Meine Identität bestimme ich nämlich selber. Ich sehe mich als Hybriden. Ich nehme mir zum einen Teile der türkischen Kultur, die für mich in erster Linie aus humanistischer Sicht Vorteile bringen und mit meinem Selbstverständnis einhergehen. Zum anderen habe ich aber auch eine deutsche Identität. Ich lebe meine Freiheit und entscheide selber, welcher Religion ich angehören möchte. Ich grenze mich auch ganz klar ab. Wenn ich zum Beispiel vor den Schüler*innen ein mit Schinken belegtes Pausenbrot esse, also mit Schweinefleisch, dann gehe ich offen damit um. So sehen die Kinder, dass es nicht immer einen gesellschaftlichen Druck geben muss und ich über mein Leben selbst bestimmen kann. Weil ich das wichtig finde, lebe ich das auch vor. Ähnlich sieht es bei religiösen Feiertagen aus. Ich werde mit Aussagen konfrontiert wie „Ich kann gerade nicht mitmachen, weil ich faste“ oder „Ich kann mich nicht konzentrieren“. Auch hier ist es mir sehr wichtig – auch wenn ich nur Erdkunde oder Deutsch oder Mathe unterrichte –, dass ich, ohne stark zu beeinflussen, auf dieses Thema eingehe und nochmal die Möglichkeit der Selbstbestimmung aufzeige. Das sorgt dann natürlich für Verwunderung, weil sie ja denken: „Herr XY ist ja türkischstämmig, hat

einen türkischen Namen, also muss der auch muslimisch sein.“ Da widerspreche ich und sage: „Nein, muss ich eben nicht. Ich könnte auch Christ sein, ich könnte jüdisch sein, ich könnte alevitisch sein, ich könnte alles Mögliche sein – außer muslimisch.“ Meine primäre Arbeit fängt damit an, dass ich diese Haltung vorlebe. Sofort etwas verändern kann man natürlich nicht. Aber die Schüler*innen sehen und hören das aber schon mal, gehen vielleicht selber in den Diskurs und tauschen Erfahrungen aus.

Islamismus ist an meiner Schule stark vertreten. Ich merke, dass Schüler*innen die Freizügigkeit, das Demokratische, das Freiheitliche für sich in Anspruch nehmen und auch wirklich für sich entdecken. Andererseits grenzen sie sich aber auch klar ab, indem sie beispielsweise zu Schülerinnen sagen: „Die ist wieder so eine typische Blonde, alle deutschen Blondinen sind leicht zu haben“ oder: „Haben keine Ehre, keinen Stolz“. Sie beziehen das dann nicht nur auf das Deutschsein. Es hat auch damit zu tun, dass sie ihre Mitschüler*innen christlich lesen und sie dort mangelnde Werte sehen, was beispielsweise die Ehre betrifft. Das sorgt dann natürlich für jede Menge Gesprächsstoff. Ich halte dies für gut und wichtig, um festgefahrene Meinungen aufzusprengen. Einfach zu reden, weil es sonst diesen Austausch nicht gibt. Die Kinder und Jugendlichen, die ich betreue und unterrichte, haben nicht immer ein Umfeld, in dem sie sich darüber austauschen und dann auch eine allgemeinere, weltoffene Meinung bilden können. In unserer Stadt ziehen viele Moscheegemeinden der DİTİB und Millî Görüş die Kinder und Jugendlichen mit Hausaufgabenbetreuung und außerschulischen Freizeitangeboten im Nachmittags- und Abendbereich an. Dort wird ihnen eingebläut, dass sie türkisch und vor allem muslimisch sind, und das dies wichtig ist und sie sich eigentlich nicht mit Deutschland identifizieren sollen.

Woran erkennt man die Prägung von türkisch-nationalistischen und/oder islamistischen Ideologien bei den Jugendlichen?

In der Schule bei den Jugendlichen ist es meistens tatsächlich so, dass sie das ganz offen aussprechen. Sie distanzieren sich beispielsweise zur Weihnachtszeit ganz klar vom Christentum und sagen: „Nein, ich feiere kein Weihnachten, und mir musst du jetzt nicht sagen ‚Frohe Weihnachten‘ oder so, weil ich ja eh kein Weihnachten feiere.“ Das betonen sie sehr stark. Bei den Nationalistischen ist es so, dass sie damit noch offener umgehen. Sie tragen

die türkische Nationalflagge an ihrem Körper oder zeigen sich entsprechend in den sozialen Netzwerken. Wenn ich mir die Profilbilder der Kinder und Jugendlichen anschau, sehe ich, dass sie teilweise mit Symbolen hantieren, die ganz klar der rechten Szene zuzuordnen sind, wie z.B. die drei Halbmonde oder der heulende Wolf. Sie gehen damit ganz offen um, wissen aber oft auch überhaupt nicht, was dahintersteckt. Wenn ich sie darauf anspreche, haben sie keine Antwort parat. Mir ist bewusst, dass die Kinder auch die Eltern fragen und die ihren Kindern wahrscheinlich nicht die Antwort geben, die eigentlich diesen Symbolen gerecht werden könnte oder sollte. Es sind ultranationalistische Bewegungen, die andere Minderheiten in der Türkei unterdrücken und eine ganz klar gewaltbereite und gewaltverherrlichende Einstellung zeigen und diese auch radikal ausleben.

Ich habe Schüler, wenn auch nicht viele, die sich mit türkischen Runen die Worte „Orhun yazitlari“ oder das Wort „Göktürk“ auf die Unterarme tätowiert haben. Bei einem Jugendlichen ist es sogar so, dass er ein regelmäßiger Besucher der Millî-Görüş-Moschee ist. Die Millî Görüş ist ja auch bekannt dafür, dass sie ultranationalistisch und islamistisch ist. Ich glaube, dass er da sehr stark beeinflusst wird und sich wahrscheinlich auch inspirieren lässt. Wobei Tätowierungen allgemein nicht mit dem Religiösen einhergehen beziehungsweise nicht geduldet und nicht gerne gesehen werden. Wenn es etwas Nationalistisches ist, wie „Göktürk“ in der türkischen Runenschrift, wird es, glaube ich, eher geduldet.

So gesehen bewegen Sie sich im Bereich der Primärprävention.

Wie gehen Sie damit um?

Im Grunde genommen ist es ja so, dass die Kinder und Jugendlichen ihre eigenen Eltern als Vorbilder sehen und auch so wahrnehmen. Das bedeutet natürlich, dass sie manchmal mit ultranationalistischem oder islamistischem Gedankengut aufwachsen. Somit ist es eigentlich schon eine sekundäre oder sogar tertiäre Ebene. Unsere Arbeit versteht sich so, dass diese Abstufungen gar nicht mehr deutlich gesehen werden, also der Ansatz immer ähnlich ist. Es ist also egal, ob sie schon mit diesem Gedankengut vertraut sind oder ob sie gerade am Anfang des Stadiums sind, wo sie sich in gefährlichen Kreisen befinden. Die pädagogische Arbeit ist in dem Sinne immer gleich. Ich versuche, mir den Zugang zu den Jugendlichen nicht zu verbauen. Das würde passieren, wenn ich sofort mit einer anderen

radikalen Einstellung ankomme, die sie als das andere Extrem empfinden. Ich nehme das alles erst einmal wahr und nehme sie ernst. Es läuft über die Beziehungsarbeit. Ich muss erst einmal Vertrauen gewinnen und eine vernünftige Beziehung aufbauen, auch wenn ich weiß, dass sie sich in gefährlichen Kreisen bewegen. Dann erst kann ich arbeiten, und zwar in kleinen Schritten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sie sich nicht verstanden fühlen und auch in ihrer Identität vielleicht nicht akzeptiert oder gesehen. Wenn eine gute Beziehung da ist, eine gute Basis, ein gutes Vertrauen, kann man es sehr vorsichtig angehen und die demokratischen Werte auch viel einfacher vermitteln und im Prozess dafür sorgen, dass die Selbstreflexion in Bezug auf Rassismus gestärkt wird. Es kann sein, dass man in der deutschen Mehrheitsgesellschaft zum Opfer wird, aber dass man nicht gleichzeitig auch zum Täter werden muss. Wir müssen versuchen, die Kinder und Jugendlichen dahingehend zu sensibilisieren. Ich habe viele Kolleg*innen, die eine ähnliche Haltung vertreten, aber nicht die nötige Energie aufwenden, diese Kinder und Jugendlichen dort abzuholen, wo es eigentlich erforderlich wäre. Wenn Pädagog*innen das Thema nicht ernst nehmen, und vor allem die Kinder und Jugendlichen nicht ernst nehmen, gefährden sie durch mangelnde Aufklärung deren Zukunft. Ich habe manchmal das Gefühl, dass ich alleine dastehe und die Arbeit mache.

Wie gehen Sie mit Konfliktsituationen um?

Auf welche Ressourcen und Strategien greifen Sie zurück?

Für Lehrer*innen und Pädagog*innen gibt es kein Allgemeinrezept, wie man auf Kinder und Jugendliche, die türkisch-nationalistischen oder islamistischen Ideologien folgen, reagieren soll und wie man ihnen gerecht wird. Ich reagiere meistens sehr entspannt, greife die Situation auf und thematisiere das Ganze. In Konfliktsituationen, wo es z.B. um Nationalismus oder damit verknüpft auch Antisemitismus geht, muss man genau einschätzen und schauen: Sind der Betroffene oder der Täter noch aufnahmefähig oder senden sie nur? Sind sie in Rage, ist es gar nicht möglich, durchzudringen. Wenn dies der Fall ist, ist es viel sinnvoller, die Situation etwas abklingen zu lassen. Dann spreche ich in einer ruhigen, entspannten Situation mit den Jugendlichen, die sich ebenfalls in einer anderer Stimmungslage befinden, und wir arbeiten das gemeinsam auf. Manchmal ist es auch so, dass bei einem selber die Emotionen hochkochen. Wer in einem erzieherischen Ton sagt: „Hey, da liegst du völlig falsch und ich

bin derjenige, der es besser weiß“, hat verloren, weil er nichts über die Intention des Jugendlichen erfahren wird. Möchte der Jugendliche dich jetzt provozieren oder genießt er es, dass er es wirklich geschafft hat, dich in Rage zu bringen? Das muss man genau abschätzen und schauen, wie es gemeint ist. Wenn man eine gute Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen hat, kann man das einschätzen und entsprechend darauf reagieren.

Fehlt Ihnen etwas, um besser in Konfliktsituationen agieren zu können?

In erste Linie fehlt einfach die Zeit. Als Lehrer hast du kaum Zeit, solch gefährliches Gedankengut zu stoppen. Es stehen viele Unterrichtsfächer an, und in den Unterrichtsfächern muss man den Stoff machen, der nach Kernlehrplan vorgegeben ist. Manchmal ist es wie gesagt notwendig, direkt auf Konflikte zu reagieren. Aber es wäre viel sinnvoller, proaktiv tätig zu werden, bevor solche Situationen überhaupt entstehen, und die Möglichkeit zu haben, das Thema von sich aus aufzugreifen. Beispielsweise in einer workshop-ähnlichen Situation, wo genau diese Thematik angesprochen wird. So kann man schauen, wie die Kinder und Jugendlichen damit umgehen und wo genau man ansetzen muss. Der Kernlehrplan bietet dafür wenig Raum. Und häufig sind leider genau die Lehrer*innen, die dafür eigentlich zuständig wären, gerade was den türkischen Rechtsextremismus oder auch Islamismus angeht, nicht up to date und haben nicht das nötige Know-how, um dieses Thema anzugehen. Häufig kennen sie zwar den interkulturellen Hintergrund, verstehen ihn aber nicht. Einen Vorteil haben die Lehrkräfte, die aus einem ähnlichen Kulturkreis kommen und mit ähnlichen Problemen aufgewachsen sind. Sie glauben nicht, dass diese Person sie verstehen kann, weil sie gar nicht wissen kann, in welcher Lebenswelt sie sich befinden. Aber auch ohne selbst einen solchen Hintergrund zu haben, kann man mit Empathie und Aufmerksamkeit eine gute Bindung aufbauen. Die vielfältigen Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen müssen dabei akzeptiert und nicht in Frage gestellt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bund der Alevitischen Jugendlichen
in Deutschland e.V.
Stolberger Str. 317
50933 Köln



Amtsgericht Köln
Vereinsregister 19334

v.i.S.d.P.:
Helin Tufan und Deniz Kaşal

Konzeption:
Özge Erdoğan, Gökhan Güngör, Laura Schwab

Redaktion:
Astrid Simons

Telefon: 0221 94 98 56 42
E-Mail: info@BDAJ.de
www.BDAJ.de

Layout und Satz:
Adrian Brachman

Druck:
dieumweltdruckerei.de

Fotos:
S. 9: privat, S. 15: privat, S. 21: privat, S. 27: Rina Gechtina, S. 30: privat,
S. 41: privat, S. 46: Florian Chefai, S. 51: privat

Wir haben den Schreibenden die Entscheidung darüber überlassen,
in welcher Form sie in ihren Artikeln gendern möchten.

September 2022

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



